



INSTITUTIONEN

STÄRKEN

ZUSAMMENHALT

Impressum

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V.
Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.
Bonn, Juni 2023

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax.: 0228/73-62988

eMail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/bappbonn/>

Instagram: https://www.instagram.com/bonner_akademie/

Redaktion

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Hannah Scharrenberg

Frauke Nahrendorf

Jill Marie Plascher

Pablo Bernal Copano

Marie Knof

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

INHALT

Grußwort

Prof. Dr. Volker Kronenberg 4

„It’s all about institutions“

Bildungsprojekt „Institutionen stärken Zusammenhalt“

Projektteam 6

Was sind und zu welchem Zweck studieren wir Institutionen?

Ein Überblick über die politikwissenschaftliche Institutionenforschung

Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker 10

Ein Blick auf und in verschiedene Institutionen

Verantwortung des Parlamentarismus

in Zeiten aktueller Herausforderungen

Dr. Wolfgang Schäuble MdB 19

Ordnung. Sicherheit. Zusammenhalt?

Warum Demokratie Polizei braucht

Gregor Lange 25

Ungebrochen solidarisch.

Demokratie braucht Gewerkschaften und eine starke Mitbestimmung!

Anja Weber 28

Glaube kann verbinden.

Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Kirchen in der heutigen Zeit

Interview mit Pfarrerin Ute Sawatzki 37

„Sport for All – Sport für Alle“

Die Bedeutung des Sports für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Interview mit Dr. Eva Selic 45

Trinkhallenkultur im Ruhrgebiet

Interview mit Leonie Kowalski und Sebastian Eck 52

Ein Blick ins Projekt

Veranstaltungsimpressionen

Projektteam 61

Prof. Dr. Volker Kronenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

„**Institutionen**“ ist ein geläufiges, vielfach gebrauchtes Wort und einer dieser diffusen Begriffe, den viele von uns ganz selbstverständlich nutzen, ohne uns bewusst zu sein, was genau eigentlich mit Institution gemeint ist und welche unterschiedlichen Formen diese haben kann. Würde man auf der Straße nach Beispielen für Institutionen fragen, so gäbe es vielfältige Antworten: die Kirche, die Schule, die Universität, der Bundestag, das Arbeitsamt, das Krankenhaus oder auch die Ehe und das Bildungssystem. Umgangssprachlich wird mit Institution häufig eine öffentliche Einrichtung verstanden, die dem Wohl oder Nutzen der Allgemeinheit dient. Etwas formaler versteht das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft Institutionen als „Handlungsregulierungen, die von (relativer) Dauer, immer normativ (wertbezogen) und mit Sanktionen verbunden sind, Verhaltensregeln verbindlich machen und auf der Basis bestimmter Werte und Leitideen soziale Beziehungen regulieren.“

Institutionen geben uns folglich ein Ordnungs- und Regelsystem, das unser soziales Handeln beschränkt und somit auch für alle anderen erwartbarer wird. Dieses Gefüge aus zeremoniellen, politischen, familiären, religiösen, kulturellen Institutionen stellt Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf und ist deswegen eine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtige Klammer. Somit ist es nicht

überraschend, dass manche Institutionen uns Stabilität und Sicherheit in Zeiten der Krise und des Wandels bieten können. Nicht erst die außerordentlichen Umstände der Corona-Pandemie haben uns aufgezeigt, dass Institutionen, wie die Schule oder der Sportverein, wichtige Räume für den sozialen Austausch darstellen und einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Das Projekt „Institutionen stärken Zusammenhalt“ zielt darauf ab, die Potentiale und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher sowie politischer Institutionen und Organisationen zu analysieren und auf dieser Grundlage gezielt Maßnahmen zu deren Stärkung zu entwickeln. Durch die



Prof. Dr. Volker Kronenberg

ist Akademischer Direktor und Professor für Politikwissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und war von 2018 bis 2023 Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn. Prof. Dr. Volker Kronenberg ist Leiter des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Stärkung der Institutionen und ihrer Angebote als Orte der Meinungsbildung und Beteiligung sollen die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung verbessert und letztlich der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft gefördert werden. Damit knüpft das Projekt nahtlos an das Vorgängerprojekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ an und nutzt eine der Hauptideen aus dem Projekt, dass viele Institutionen und Organisa-

tionen an Vertrauen und Anschlussfähigkeit in der Bevölkerung verloren sowie Probleme bei der Kommunikation und Ansprache der Bürgerinnen und Bürger haben und folglich Potentiale nicht vollständig genutzt werden.

Diese Publikation soll uns in das Projekt und deren Hauptgegenstand „Institutionen“ einführen. Warum wir uns in der Politikwissenschaft überhaupt mit Institutionen beschäftigen und wie wir diese betrachten, darüber gibt Ihnen Priv.-Doz. Dr.

Manuel Becker in seinem Beitrag zu Beginn dieser Publikation einen Überblick. Außerdem wird das Team der Bonner Akademie Ihnen das Projekt sowie dessen Genese aus dem Vorgängerprojekt ausführlich vorstellen und Einblick in die vielfältigen Veranstaltungen im Rahmen des Projekts geben.

Darüber hinaus freut es mich ganz besonders, dass wir für die Publikation groß-

artige Gastautorinnen und -autoren gewinnen konnten, die aus Ihren ganz eigenen Perspektiven einen Blick auf und in verschiedene Institutionen werfen und uns somit die Vielfältigkeit dieses so wichtigen Grundgebildes unseres sozialen Handelns und unserer Gesellschaft aufzeigen – sei es

am Beispiel des Parlamentarismus, der Polizei, des Sports oder der Trinkhalle im Ruhrgebiet. Dafür möchte ich den beteiligten Autorinnen und Autoren ganz herzlich danken! Ebenso möchte ich dem Projekt-

team und allen anderen an diesem Projekt beteiligten Menschen danken, für Ihre bisherige und noch kommende Mithilfe, dank derer dieses Forschungsprojekt hoffentlich zu einem besseren Verständnis von Institutionen führen und letztendlich einen Beitrag zu deren Stärkung leisten wird. Zuletzt bleibt mir nur noch Ihnen – liebe Leserinnen und Leser – eine interessante Lektüre zu wünschen.

„Institutionen geben uns folglich ein Ordnungs- und Regelsystem, das unser soziales Handeln beschränkt und somit auch für alle anderen erwartbarer wird.“



„It's all about institutions“

Bildungsprojekt „Institutionen stärken Zusammenhalt“

Projektteam

Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Klimawandel oder die Corona-Pandemie – die Herausforderungen, denen sich die heutigen Gesellschaften gegenübersehen, sind so vielfältig wie komplex. Sie alle machen es notwendig, die institutionellen Regeln und kulturellen Normen an den Wandel anzupassen und weiterzuentwickeln, um der komplexer werdenden Wirklichkeit gerecht zu werden. Dabei kommt den Institutionen, in denen sich das politische sowie das menschliche Zusammenleben ordnet, eine entscheidende Bedeutung zu.

Nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl und Vielfältigkeit der Prozesse und der zunehmenden Beschleunigung des Wandels scheint dies den etablierten Institutionen jedoch immer weniger zu gelingen. Die gesellschaftlichen Deutungsmuster brechen angesichts einer nicht mehr beherrschbar erscheinenden Umwelt

zusammen. Verinnerlichte Gewohnheiten und Sicherheiten, die als unumstößlich galten, verlieren so schnell an Gültigkeit, dass sich immer mehr Menschen von ihrer gesellschaftlichen Umwelt zu entfremden scheinen. Hinzu kommen ökonomische Faktoren wie wachsende Ungleichheit und Unsicherheit, die die Situation weiter verschärfen.

Für die junge Generation stellt sich verstärkt die Frage nach Beteiligung jenseits der etablierten Institutionen – zum Beispiel im Bereich der Klimaschutzpolitik oder der Digitalisierung. Ältere Menschen

machen die Erfahrung, dass altbekannte gesellschaftlich integrierende Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen ihre traditionelle Funktion verlieren. Die scheinbar schleichende Auflösung bestehender Ordnungsvorstellungen führt zu

einer immer tiefer sitzenden Skepsis gegenüber existierenden Regeln und Autoritäten, die sich nicht zuletzt in dem Erstarken der politischen Ränder, ansteigender religiös oder politisch motivierter Gewalt sowie



Hard Facts

Projekt „Institutionen stärken Zusammenhalt“

Förderung

Das Projekt wird von der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik im Auftrag der Brost-Akademie mit Sitz in Essen durchgeführt.

Projektlaufzeit

Das Projekt läuft seit Februar 2022 und ist auf eine Laufzeit von drei Jahren bis Januar 2025 ausgelegt.

Projektregion

Der Fokus des Projekts liegt auf der Region des Ruhrgebiets. Im Ballungsraum Ruhrgebiet lassen sich globale Entwicklungen, Problemlagen sowie Transformationsprozesse wie unter einem Brennglas beobachten und exemplarisch untersuchen.

einem Vertrauensverlust in Wissenschaft, Politik und Medien äußert.

Für die Demokratie und ihre Institutionen sowie vor allem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt liegt darin eine große Gefahr, sind es doch eigentlich gerade die institutionellen Strukturen vor Ort, die das System tragen und in denen das alltägliche Leben der Menschen stattfindet. Politische und gesellschaftliche Partizipation und sozialer Zusammenhalt stehen hier in einem engen Wechselwirkungsverhältnis.

Im Ruhrgebiet, wo viele von Armut gefährdete Menschen leben oder nach wie vor mit den Herausforderungen des Strukturwandels einer Industrieregion zu kämpfen

haben, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung verglichen mit anderen Regionen in NRW weniger stark ausgeprägt (vgl. Brand et al. 2020).

Damit steht die Situation im Ruhrgebiet exemplarisch für eine Entwicklung, die sich auch in anderen strukturschwachen Regionen in Deutschland sowie in ganz Europa beobachten lässt und die sich im Zuge der Corona-Pandemie weiter verschärft hat (vgl. Streeck 2021). Um den zunehmenden Entfremdungstendenzen in Politik und Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, braucht es starke Institutionen und Organisationen, die vor allem auf lokaler Ebene dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich gehört fühlen und gleichzeitig ihrer Pflicht der aktiven Mitgestaltung nachkommen.

Genau an diesem Punkt setzt unser Bildungsprojekt „Institutionen stärken Zusammenhalt“ an, das wir als Bonner Akademie im Auftrag der Brost-Akademie durchführen. Unser Ziel ist es, im Rahmen der Projektarbeit gemeinsam mit den relevanten Institutionen und Organisationen aktuelle Herausforderungen und Problemlagen zu identifizieren und konkrete Lösungsansätze zu entwickeln, um die integrations- und teilhabefördernden Institutionen und Organisationen zu stärken und letztendlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Mit Institutionen werden klassischerweise Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und (Hoch-)Schulen assoziiert. Darüber hinaus liegt unser besonderes Interesse auch auf informellen Anlaufstellen, sprich auf all den Orten und Treffpunkten der Bevölkerung im Ruhrgebiet, an denen Menschen zusammenkommen und

diskutieren und in denen Meinungsbildung stattfindet und gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht. Dies beinhaltet lokale Kneipen ebenso wie Spiel- und Trinkhallen oder die Nachbarschaft.

Im Rahmen des vorangegangenen Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ konnten bereits wichtige

Erkenntnisse sowie praxistaugliche und niedrigschwellige Ansätze zur Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölke-

rung im Ruhrgebiet erarbeitet werden, die eine nachhaltige Verbesserung der Situation all jener Menschen, die sich an den Rand gesetzt und von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen fühlen, erwarten lassen. Dabei ist besonders deutlich geworden, dass vor allem niedrigschwellige, lokale Angebote die Menschen am ehesten erreichen und diese erfolgreich in politische und gesellschaftliche Prozesse re-integrieren. Viele der „klassischen“ Institutionen und Organisationen – wie beispielsweise Parteien, Kirchen und Gewerkschaften – haben hingegen an Vertrauen verloren und große Probleme bei der Kommunikation und Ansprache der Bürgerinnen und Bürger. Zwar sind sich die Institutionen ihrer grundsätzlichen integrations- und teilhabefördernden Rolle bewusst, scheitern allerdings in vielen Bereichen bei der Umsetzung; viele Potentiale verbleiben scheinbar ungenutzt. Auch hier bedarf es einer weiterführenden Analyse und vor allem einer tiefergehenden Bildungsarbeit zu den Beteiligungsmöglichkeiten in und durch Institutionen, um das ihnen innewohnende Potential besser nutzen und Angebote und Ansätze zielgruppenspezifisch fördern zu können. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ist es zentral, die

„Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ist es zentral, die demokratischen Institutionen zu stärken und zu revitalisieren.“

demokratischen Institutionen zu stärken und zu revitalisieren. Im Fokus der Projektarbeit steht daher auch die Vernetzung zwischen den Institutionen selbst, ohne die dem Zusammenhalt förderliche Synergieeffekte ohne Not verloren gehen.

Besonders wichtig ist uns bei unserer Projektarbeit der konkrete Praxisbezug. Nur durch eine fundierte Beobachtung vor

Ort und dem konkreten Austausch und der Zusammenarbeit mit den Menschen und Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen selbst können wirklich realitätsnahe Lösungsansätze und

Verbesserungsvorschläge entwickelt werden. Aufbauend auf einem theoretischen Verständnis und dem aktuellen Forschungsstand soll mit den Menschen vor Ort erfahrungsorientiertes Wissen gesammelt und weiterverarbeitet werden. Eine enge Vernetzung mit Praktikerinnen und Praktikern sowie Expertinnen und Experten aus dem Ruhrgebiet ist daher unabdingbar. Neben dem Austausch in darauf ausgerichteten Workshops geschieht dies vor allem durch regelmäßige Projektbesuche im Ruhrgebiet sowie vielfältige Gespräche und Interviews. Durch die Durchführung von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen werden die Menschen in der Region aktiv in das Projekt und die Entwicklung praxisnaher Angebote miteinbezogen.

Auch im Rahmen der vorliegenden Publikation kommen bereits verschiedene Vertreterinnen und Vertreter einzelner Institutionen zu Wort, die ihre Erfahrungen und Einschätzungen teilen und die Bedeutung ihrer Institution für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und deren aktuelle Herausforderungen reflektieren. Durch die laufende Projektarbeit, den beständigen Austausch mit Multiplikatorinnen und

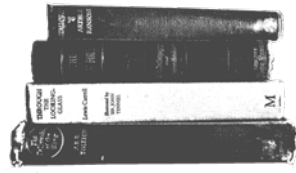
Multiplikatoren vor Ort sowie dieser und folgenden Publikationen entsteht zum Ende ein umfassender Überblick über die Institutionen unserer heutigen Zeit und ihre Bedeutung für die Gesellschaft.

Wir wollen Institutionen aller Art stärken, sie miteinander vernetzen und gemeinsam Lösungen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln. Denn auch in der heutigen Zeit, die in einzelnen Bereichen zunehmend von Individualisierungsprozessen geprägt ist, sind es doch weiterhin die Institutionen, in denen sich ein Großteil des Alltags der Menschen abspielt – sei es der Nachbarschaftstreff, der Sportverein oder die Arbeit und (Hoch-)Schulen. It's all about institutions.

Literatur

Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, Bertelsmann Stiftung.

Streeck, Wolfgang (2021): Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.



Was sind und zu welchem Zweck studieren wir Institutionen?

Ein Überblick über die politikwissenschaftliche Institutionenforschung

Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker

Was sind Institutionen?

Der Begriff „Institution“ ist einer jener grundlegenden sozialwissenschaftlichen Begriffe, die so inflationär gebraucht werden, dass sie unter mangelnder Konturierung leiden. Ethymologisch leitet er sich vom lateinischen Begriff „institutio“ her, was in etwa mit Einrichtung, Anordnung, Instanz, aber auch je nach Kontext mit Hineinstellen oder Brauch bzw. sogar mit Unterricht oder Unterweisung übersetzt werden kann (vgl. Stowasser et al. 1994, 269). Man merkt dieser für wichtige Grundbegriffe nicht untypischen Palette an Übersetzungsmöglichkeiten an, wie viele Bedeutungsvariationen der Begriff beinhaltet.



Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker

ist Historiker und Politologe. Seit 2018 ist er Geschäftsführer des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und seit 2017 Lehrbeauftragter im Studiengang Nachhaltige Sozialpolitik an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Zudem ist Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von „Politik und Gesellschaft – Forum für junge Politikwissenschaft e. V.“.

Foto: privat

und gesellschaftliche Konventionen eingefangen. Nach Manfred G. Schmidt werden in den Sozialwissenschaften mit dem Begriff „auf Dauer gestellte Regelmäßigkeiten sozialen Handelns, die als gesellschaftlicher Instinktersatz zur Stabilisierung menschlichen Verhaltens dienen und die Bewältigung fundamentaler gesellschaftlicher Reproduktionsprobleme vorstrukturieren [...]“ (Schmidt 2010, 362) beschrieben.¹ Mit anderen Worten: Auch die bürgerliche Ehe, die Sozialversicherungspflicht von Beschäftigten oder die Wahrung der Sonntagsruhe werden nach dieser Lesart als Institutionen bezeichnet, was vielleicht für das nicht sozialwissenschaftlich geschulte Ohr etwas ungewöhnlich klingen mag. Im Kern geht es gewissermaßen um formelle und informelle regulatorische Arrangements, die Normen abbilden und Verlässlichkeit konstituieren. Karl-Sigbert Rehberg zufolge bringen Institutionen gesellschaftliche Prinzipien symbolisch zum Ausdruck: Sie sind „Vermittlungsinstanzen kultureller Sinnproduktion, durch welche Wertungs- und Normierungsstilisierungen verbindlich gemacht werden“ (Rehberg 1994).

Das Erforschen von Institutionen in gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen eröffnet eine große Vielfalt von Perspektiven. Die reflektierte Beschäftigung mit Institutionen offenbart geschriebene und ungeschriebene Traditionen und Praktiken und fördert unhinterfragte und unbewusste Gewohnheiten und Normen zu Tage. Zudem können Institutionen als Strukturen oder Regeln verstanden werden, die individuelle und kollektive Handlungsspielräume eröffnen oder determinieren und die Anreize

sowohl für das Verhalten wie auch für die Integration bzw. Exklusion politischer und gesellschaftlicher Akteure und Akteursgruppen vorgeben. Nicht zuletzt strukturieren Institutionen den Rahmen für Fortschritt oder Stagnation in gesellschaftspolitischen Wandlungsprozessen.

Ein kurzer Streifzug durch die Forschungsgeschichte zu Institutionen

Das Ende des Kalten Krieges, der Untergang der Sowjetunion und der Zusammenbruch der sowjetischen Satellitenstaaten führte zu einer intensiven Reflexion des Themas Institutionen. Gründe hierfür waren einerseits das Zusammenbrechen

„Die reflektierte Beschäftigung mit Institutionen offenbart geschriebene und ungeschriebene Traditionen und Praktiken und fördert unhinterfragte und unbewusste Gewohnheiten und Normen zu Tage.“

jahrzehntelang existierender und funktionierender staatlicher Institutionen und zweitens die Erkenntnis, dass Demokratieförderung vor allem und in erster Linie über den Aufbau von stabilen Institutionen funktioniert. Es kam

zu einer wahren Forschungskonjunktur der sozialwissenschaftlichen Institutionentheorie, mit der sich viele für den damaligen Geist der Zeit hochrelevante Fragestellungen verbinden ließen: Wie kann es zum Zusammenbruch tradierter Institutionen in der oben beschriebenen vielschichtigen Bedeutung des Wortes kommen und wie lässt sich dieser analytisch beschreiben? Wie wickelt man überkommene, nicht mehr benötigte oder nicht mehr erwünschte Institutionen ab? Wie lassen sich bestimmte Strukturen in neue Institutionen transformieren? Schließlich: Wie lassen sich neue Institutionen schaffen? (vgl. Nedelmann 1995, 7)

¹ Ganz ähnlich definiert auch Martin Höpfler Institutionen als „auf Dauer gestellte, gesellschaftlich sanktionierte und meist formalisierte Regeln sozialer Interaktion“ (Höpfler 2015, 281).

Diese und andere Fragen wurden in den 1990er Jahren und auch in den Folgejahrzehnten nicht nur mit Blick auf die Transformationsprozesse in den ost- und mitteleuropäischen Staaten diskutiert, sondern auch auf die sich im Wandel befindenden westeuropäischen Demokratien übertragen, schienen doch auch hier tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse vonstatten zu gehen, beispielsweise mit Blick auf die tradierten Parteiensysteme, den europäischen Integrationsprozess und noch vieles Weitere mehr. „Spätestens dieser Institutionenwandel der 90er Jahre“, so schreibt Gerhard Göhler, „macht deutlich, was in den 80er Jahren schon augenfällig wurde: Institutions do really

matter [...]“ (Göhler 1994, 7). In den 1960er und 1970er Jahren, so Göhler weiter, habe gerade die Politikwissenschaft, seiner Vermutung nach vielleicht anti-institutionellen Affekten der 68er-Generation geschuldet, das Thema Institutionen weitestgehend aus dem Blick verloren. Allerdings gab es unter den prominenten liberalkonservativen Sozialwissenschaftlern und Intellektuellen immer wieder Personen, die die Bedeutung von Institutionen nachdrücklich unterstrichen haben. Jens Hacke ordnet Autoren wie Arnulf Baring, Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Peter Graf Kielmansegg, Hans Maier und Hans-Peter Schwarz diesem Strang zu (vgl. Hacke 2006, 20). Die Ursprünge einer liberalen Institutionentheorie als Ordnungsrahmen demokratischer Gemeinwesen verortet Hacke in erste Linie bei Arnold Gehlen und Helmut Schelsky. Er ordnet deren Institutionentheorie im größeren



geistesgeschichtlichen Kontext als Adaption traditional konservativer Denkmuster an die Realitäten des liberalen Verfassungsstaats ein. Institutionen sind unter den Bedingungen der Verfassungsordnung des Grundgesetzes nicht mehr allein und nicht einmal mehr in erster Linie dazu da, Stabilität und Führung zu garantieren, sondern sie sind nun normativ mit den Prämissen des liberalen Verfassungsstaats verbunden (vgl. ebd., 140 ff.).

Göhler hingegen siedelt die Wiederentdeckung der Institutionen in den 1980er Jahren an – und zwar „beflügelt durch den anscheinend immer nötigen Rückenwind aus der amerikanischen Politikwissenschaft, der sich in diesem Fall im Neo-Institutionalismus einstellte [...]“. „Seither setze man sich zunehmend sowohl empirisch wie theoretisch mit den politischen Institutionen und dem institutionellen Faktor in der Politik auseinander (vgl. Göhler 1994, 7 f.).

Varianten der Institutionenforschung

Dieses Forschungsinteresse hat bis heute nicht nachgelassen. 2006 erschien unter der Herausgeberschaft von Roderick A. W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockmann das „Oxford Handbook of Political Institutions“, dessen Credo lautet: „The study of political institutions is central to the identity of the discipline of Political Science“ (Rhodes 2006, 12). Das Handbuch ist bis heute ein Standardwerk der sozialwissenschaftlichen Institutionenforschung. Während man der traditionellen Institutionenforschung häufig unterstellt hat, theoretisch unterbestimmt, weitgehend deskriptiv und primär auf das Recht und juristische Institutionen verengt zu sein, zeichnen sich die Arbeiten des Neo-Institutionalismus im angelsächsischen Wissenschaftsraum zumindest in ihrer Selbstsicht vor allem

dadurch aus, dass sie auf philosophischen und historischen Reflexionen fußen, häufig komparativ angelegt sind und die Impulse des Behaviouralismus aufgenommen haben (vgl. Rhodes 2008).

Spielarten des Institutionalismus sind der rational-choice-Institutionalismus, der historische Institutionalismus, der konstruktivistische Institutionalismus und der Netzwerk-Institutionalismus (vgl. Höpner 2015, 282).² Die Wurzeln des rational-choice-Institutionalismus liegen in der mathematischen Theorie und in quantitativen ökonomischen Modellen. Er hat allerdings durch die Übertragung dieser Modelle auf politische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge ein eigenständiges qualitativ neues Profil entwickelt. Anliegen des rational-choice-Institutionalismus ist es in erster Linie, das Verhalten kollektiver Akteure zu erklären, wie beispielsweise Parteien, Gewerkschaften oder auch Regierungen es sind. Institutionen werden im Kontext dieser Erklärungen als determinierende Faktoren für Handlungsmöglichkeiten und Handlungsrestriktionen verstanden. Ein konkretes Beispiel hierfür ist etwa die von Fritz W. Scharpf in einer klassischen Studie aufgestellte These, dass es den sozialdemokratischen Regierungen der 1970er Jahre möglich war, die Ziele niedriger Arbeitslosigkeit bei stabilen Preisen zu erreichen, wenn die Gewerkschaften durch korporatistische Institutionen sich mit ihren Lohnforderungen zurückhalten (vgl. Scharpf 1987).

Dem historischen Institutionalismus liegt demgegenüber die Zeit als analytische Kategorie zu Grunde und es geht ihm in erster Linie darum, die Prozesse des institutionellen Wandels im Zusammenspiel mit Akteuren und weiteren Parametern über lange Zeiträume hinweg zu untersuchen. Die wesentliche Annahme des historischen Institutionalismus besteht darin, dass es

2 Vgl. hierzu und zum Folgenden Teil II des Oxford Handbooks sowie Höpner (2015).

zielführend ist, politische menschliche Interaktionen im Kontext von Regelstrukturen zu untersuchen, die ihrerseits wiederum selbst menschengemacht sind und nicht nur in einem gegebenen historischen Kontext, sondern in der längerfristigen historischen Entwicklung betrachtet und analysiert werden müssen (vgl. Sanders 2008). Martin Höpner nennt zur Illustration des Potentials dieses Ansatzes folgendes Beispiel: Das System der Berufsbildung in Deutschland entstand historisch betrachtet zur Profilierung der Handwerksbranche gegenüber immer mehr an Einfluss gewinnenden Industriegewerkschaften. Allerdings entwickelten sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften im Laufe der Zeit ein institutionelles Eigeninteresse an der Ausweitung der Berufsbildung auf immer neue Branchen und Wirtschaftssektoren. Obgleich niemals ein konkreter Institutionenwechsel stattgefunden hat, bewirkt das System der Berufsbildung heute als wichtige gewerkschaftliche Machtressource ungefähr das Gegenteil von dem, wofür es einmal gegründet worden ist (vgl. Höpner 2004, 282; Thelen 2004).

Wie nahezu alle modernen sozialwissenschaftlichen Theorien kennt auch der Institutionalismus eine konstruktivistische Variante, die die Unzulänglichkeiten des historischen und des rational-choice-Institutionalismus produktiv aufzunehmen versucht. Wie sozialwissenschaftliche Abstraktionen generell sind auch Institutionen bis zu einem gewissen Grade immer konstruiert, d. h. Gegenstand von individueller Gestaltung, die intendiert, aber auch nicht intendiert sein kann. Nicht zuletzt der historische Institutionalismus mit seinem Blick auf den Wandel von Institutionen im zeitlichen Verlauf hat das Bewusstsein für die grundsätzliche Veränderbarkeit von Institutionen geschärft (vgl. Hay 2008). Damit wohnt dem konstruktivistischen Institutionalismus vielleicht noch mehr als den anderen Zugängen ein kritisches Potential

inne, da er zum Dekonstruieren und Hinterfragen von Institutionen einlädt.

Der Netzwerk-Institutionalismus scheint auf den ersten Blick einen offenkundigen Widerspruch zu beinhalten: Während Institutionalismus oftmals als Gegenbegriff zur Individualität verstanden wird und eher für eine feste formal vorgegebene Struktur steht, stellt der Begriff Netzwerk genau im Gegenteil dazu auf das Informelle und Personale ab (vgl. Ansell 2008). Und dennoch zeigt gerade dieser verhältnismäßig junge Zweig der Institutionenforschung, wie sehr sich der alte, statische Institutionenbegriff gewandelt hat und wie er heute verstanden werden kann. Das Netzwerk als Set von Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen oder Organisationen kann selbst wiederum als Institution verstanden und als solche auch analysiert werden.

Institutionenforschung in der Politikwissenschaft heute

In der aktuellen Forschung ist der polnisch-amerikanische Politologe Adam Przeworski vielleicht der prominenteste Institutionentheoretiker. In seinem viel zitierten Aufsatz „Institutions matter“ bringt er die zwei grundlegenden Prämissen des Neo-Institutionalismus auf den Punkt: „The theory of ‚new institutionalism‘ consists of two propositions: 1) ‚Institutions matter‘: they influence norms, beliefs, and actions; therefore, they shape outcomes;



2) ‚Institutions are endogenous’: their form and their functioning depend on the conditions under which they emerge and endure.“ (Przeworski 2004). Diese Überlegungen hat er auch in einer seiner jüngeren Publikationen noch einmal aufgegriffen und etwas genauer herausgearbeitet. In der vergleichenden Analyse der beiden Demokratiezusammenbrüche in der Weimarer Republik und in Chile, denen er die zwei geglückten Konfliktbewältigungen in den USA und in Frankreich einander kontrastierend gegenüberstellt, weist er insbesondere den Institutionen, die eine mehrheitsfähige Regierung begünstigen, eine zentrale Rolle

„Das Netzwerk als Set von Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen oder Organisationen kann selbst wiederum als Institution verstanden und als solche auch analysiert werden.“

zu und empfiehlt daher, diesen darum auch in den demokratischen Krisen der Gegenwart eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken (vgl. Przeworski 2020, 96).

Generell ist der Fokus auf Institutionen ein typischer Zugang zur Analyse gegenwärtiger Krisen. Auch bei Jan-Werner Müller läuft die aktuelle Krisendiagnose der Demokratien nicht auf ein Anwachsen antidemokratischer Kräfte oder rechtspopulistischer Einstellungsmuster hinaus, sondern auf die Verkümmern demokratischer Institutionen und hier vor allem der so wichtigen intermediären Instanzen, worunter er



in erster Linie Parteien und Medien versteht (vgl. Müller 2021).

In ihrem Bestseller „Why nations fail“ von 2012 zeigen Daron Acemoglu und James A. Robinson, wie repressive Institutionen als zentrales Instrument von korrupten Eliten eingesetzt werden, um die vormals demokratischen Spielregeln für ihre eigenen Interessen einzusetzen.

Zwar beziehen sich die beiden Forscher nicht ausdrücklich auf den Historischen Institutionalismus, dennoch kann ihre Theorie plausibel als Kind dieser Forschungsrichtung interpretiert werden. Unter den Paradigmen, die die beiden Wissenschaftler entwickeln, ist die seit Jahren schwelende

Schulden-, Banken- und Finanzkrise nicht als das eigentliche Kernproblem zu deuten, sondern es handelt sich hierbei lediglich um Symptome von auf tiefer liegenden Ebenen angesiedelten Fehlentwicklungen politischer wie ökonomischer Provenienz, die über Jahre hinweg gewachsen sind und sich wechselseitig potenziert haben. Sie postulieren einen engen Zusammenhang zwischen institutioneller Qualität und ökonomischer Leistungsfähigkeit in einem Staatswesen. Als fundamental erweist sich auch die Unterscheidung zwischen inklusiven, d. h. gesellschaftliche Teilhabe fördernden Institutionen und extraktiven, d. h. gesamtgesellschaftliche sozioökonomische Einbindung behindernden Institutionen. Konsequenterweise sehen Acemoglu und Robinson in funktionierenden Institutionen des demokratischen Rechtsstaats das grundlegende Bollwerk gegen autoritäre Versuchungen (vgl. Acemoglu und Robinson 2012).

Fazit

Die hier nur in Umrissen skizzierten Forschungsdiskurse um den Schlüsselbegriff Institutionen zeigen nachdrücklich, welcher kardinalen Wert funktionierende Institutionen für die Stabilität eines liberal-demokratischen Gemeinwesens besitzen – und dies in der ganzen Vielfalt, die diesem

Begriff innewohnt. Zunächst einmal geht es um die klassischen politischen Institutionen wie die in der Verfassung des Grundgesetzes vorgesehenen obersten fünf Bundesorgane und die im Grundgesetz in Art. 21 ebenso prominent platzierten Parteien. Vom Funktionieren dieser verfassungspolitischen Institutionen

„Insofern können Institutionen auch ein wirksames Gegenmittel gegen die immer weiter voranschreitende Individualisierung der Gesellschaft und ihre zunehmende Zerfaserung in immer mehr in sich abgeschlossene und sich zunehmend nach außen hin abschottende Milieus sein.“

und ihrem Zustand hängt das Funktionieren der Demokratie insgesamt ab. Gleiches gilt ebenso für die darüber hinaus gehenden Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirche oder Sport-, Musik- und sonstigen Vereine, die gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren und verbürgen. Jeder und jede, der oder die ehrenamtlich Fußballtraining für Kinder und Jugendliche gibt, der oder die Orchesterproben für das jährliche Schützen- oder Kirmesfest organisiert oder sich in einem Pfarrgemeinderat der katholischen oder einem Presbyterium der evangelischen Kirche engagiert, trägt letzten Endes zum Gelingen der institutionengebundenen Demokratie bei. Alle diese gesellschaftsverbindenden Institutionen bringen Menschen zusammen, die innerhalb der Familie oder am Arbeitsplatz nicht zueinander finden würden. Insofern können Institutionen auch ein wirksames Gegenmittel gegen die immer weiter voranschreitende Individualisierung der Gesellschaft und ihre zunehmende Zerfaserung in immer

mehr in sich abgeschlossene und sich zunehmend nach außen hin abschottende Milieus sein. Institutionen können helfen, der Verkapselung von Diskursen entgegen zu wirken und der Spaltung der Gesellschaft einen Riegel vorzuschieben. Umgekehrt bedeutet dies aber auch: Der Verlust des Vertrauens

in etablierte gesellschaftliche Institutionen bzw. die Krise demokratischer Institutionen führt zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie insgesamt. Aus diesem Grund ist und bleibt politikwissenschaftliche Institutionenforschung ein wichtiges Forschungsthema von hoher praktischer Relevanz.

Literatur

Acemoglu, Daron/ Robinson, James A. (2012): *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*, New York: The Crown Publishing Group.

Ansell, Christopher (2008): Network Institutionalism, in: Rhodes, Roderick A. W. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*, S. 75–89.

Göhler, Gerhard (1994): Einleitung, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden: Nomos Verlag-Gesellschaft, S. 7–18.

Hacke, Jens (2006): *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Hay, Colin (2008): Constructivist Institutionalism, in: Rhodes, Roderick A. W. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*, S. 58–74.

Höpner, Martin (2015): Institutionen, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. 6., überarb. u. erw. Aufl., München: CH Beck, S. 281–283.

Müller, Jan-Werner (2021): *Democracy rules*, London: Allen Lane.

Nedelmann, Birgitta (1995): Einleitung, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen, S. 7–13.

Przeworski, Adam (2004): Institutions matter, in: *Government and Opposition* (39)4, S. 527–540.

Przeworski, Adam (2020): *Krisen der Demokratie*, Berlin: Suhrkamp.

Rehberg, Karl-Siegbert (1994): Institutionen als politische Ordnungen, in: Göhler, G. (Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Rhodes, Roderick A. W. (2006): Preface, in: Rhodes, Roderick A. W. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*, S. xii–xvii.

Rhodes, Roderick A. W. (2008): Old Institutionalisms, in: Rhodes, Roderick A. W. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*, S. 90–108.

Sanders, Elizabeth (2008): Historical Institutionalism, in: Rhodes, Roderick A. W. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*, S. 39–53.

Scharpf, Fritz W. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt a. M./New York.

Schmidt, Manfred G. (2010): Institutionen, in: Schmidt, Manfred G.: *Handwörterbuch zur Politik*, 3. aktualis. u. überarb. Aufl., Stuttgart, S. 362–363.

Stowasser, Joseph Maria et al. (1994): *Stowasser. Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch*, München.

Thelen, Kathleen (2004): *How institutions evolve. The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan*, Cambridge University Press.



Verantwortung des Parlamentarismus in Zeiten aktueller Herausforderungen¹

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Institutionen stärken Zusammenhalt. Das ist wahr. Und dem Deutschen Bundestag, dem Parlament, als das einzig direkt demokratisch legitimierte Verfassungsorgan, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wie wichtig es war und ist, den Raum für Argument und Gegenargument, für Streit und Kompromiss, von Angesicht zu Angesicht offen zu halten, haben wir während der Corona-Pandemie gesehen. Auch, um der Exekutive nicht allein das Heft des Handelns zu überlassen. Diese Erfahrungen helfen auch angesichts der aktuellen, sich gegenseitig überlagernden Krisen.

Damit der Bundestag diesem hohen Anspruch Rechnung tragen kann, muss er in sich selbst gefestigt sein. Das ist im Falle des Parlaments so, wenn zwischen den demokratischen Parteien, zwischen Regierung und Opposition, trotz inhaltlicher Differenzen – aus denen nach Streit und Kompromiss mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden – überparteilich und überfraktio-

nell Konsens in grundlegenden Fragen der parlamentarischen Zusammenarbeit und der Grundregeln unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats herrschen. Das haben wir während Corona geschafft. Die Wahlrechtsreform lässt dieses gemeinsame Grundverständnis vermissen. Gerade in dieser schwierigen politischen Phase, in der es auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition im Verfassungsbogen ankommt, hat die Reform den überparteilichen Konsens, der für eine nachhaltige Lösung des Problems eines zu großen Parlaments, das dadurch nicht handlungsfähiger wird, nötig gewesen wäre, vermissen lassen.

Konsens wird im Bundestag aber auch zukünftig nicht die Regel sein – und das sollte auch nicht sein. Dies ist der Ort, an dem wir streiten dürfen. An dem wir streiten sollen. Fair und nach Regeln. Leidenschaftlich, aber auch mit der Gelassenheit, die einer erregten Öffentlichkeit Beispiel geben kann. Wenn wir das Prinzip der Repräsentation stärken wollen, dann müssen wir uns immer wieder um die Faszination der großen, strittigen Debatte bemühen.

¹ Der Beitrag basiert auf der Ansprache von Dr. Wolfgang Schäuble als Alterspräsident bei der konstituierenden Sitzung des 20. Deutschen Bundestages vom 26. Oktober 2021 und wurde für diese Publikation neu eingeleitet und überarbeitet.

Das Parlament ist immer auch eine politische Bühne und nicht bloß eine notarielle Veranstaltung, um Koalitionsverträge abzuarbeiten – zumal sich die Entwicklungen einer vernetzten Welt mit ihren wechselnden Herausforderungen nicht daran hält, wie wir erfahren haben.

Umso mehr kommt es auf das Parlament an – als der Raum, in dem die Vielfalt an Meinungen offen zur Sprache kommt. Das wird noch wichtiger, weil in unserer Gesellschaft die Bereitschaft sinkt, gegensätzliche Standpunkte auszuhalten, Widerspruch überhaupt zuzulassen. Weil der Drang nach Konformität in der Gruppe wächst, um von sich fernzuhalten, was dem eigenen Empfinden und Denken widerspricht.

Wir sollten den Streit in der Mitte der Gesellschaft suchen – und ihn öffentlich im Parlament austragen. Indem wir deutlich machen, dass nie eine Seite allein recht hat. Dass um der Sache willen miteinander gerungen werden muss. Politik ist kein Selbstzweck, wir dienen nicht dem Eigeninteresse einer gesellschaftlichen Gruppe oder Meinungsblase, sondern der Gemeinschaft. Am Ende unserer Debatten stehen Entscheidungen, für die wir die Verantwortung tragen. Durch Mehrheiten – die wechseln können. Wir erleben es gerade.

Ohne Kompromisse geht das nicht, erst recht nicht bei Mehrheitsverhältnissen wie nach der Bundestagswahl 2021. Dabei sollte es nicht nur um die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, dem Streit im Detail gehen. Zutrauen ist gefragt, ob in Regierungsverantwortung oder als Opposition – sonst geht verloren, was die Demokratie auch dringend braucht: politische Füh-

rung. Sie verlangt von den Abgeordneten den Blick für die wirklich großen Aufgaben – und die Fähigkeit, das gesellschaftliche Interesse darauf zu lenken. Orientierung zu geben. Dazu müssen Politiker bereit sein, den Menschen etwas zuzumuten. Nicht nur Antworten geben, die gern gehört werden, sondern Lösungen entwickeln und zur Diskussion stellen – für die Aufgaben, die als drängend erachtet werden. Um die Bürger davon zu überzeugen. Dazu verpflichtet das Mandat.

Das mitunter zähe Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten sollte gerade auch denen nahegebracht werden, die mit Blick auf den Klimawandel von der Trägheit demokratischer Prozesse enttäuscht sind und sofortiges Handeln fordern. Ihre Motive sind nachvollziehbar. Aber wissenschaftliche Erkenntnis allein ist noch keine Politik – und

„Wenn wir das Prinzip der Repräsentation stärken wollen, dann müssen wir uns immer wieder um die Faszination der großen, strittigen Debatte bemühen.“

schon gar nicht demokratische Mehrheit. Wer Ziele und Mittel absolut setzt, bringt sie gegen das demokratische Prinzip in Stellung. Letzte Gewissheit kann die Wissenschaft im Übrigen ebenso wenig liefern,

wie es in der Demokratie die eine richtige Entscheidung gibt. Damit muss man umgehen.

Zu Beginn der Pandemie haben wir erlebt, wie groß in einer Gefahrensituation das Bedürfnis nach klaren politischen Vorgaben ist. Wir brauchten wissenschaftlichen Rat. Doch der Stand der Virologie und der Medizin war damals noch recht unsicher. Die wissenschaftliche Logik, die nicht nur auf Konsens, sondern gerade auf Ambiguität, Zweifel und Widerspruch beruht, geriet in ein Spannungsverhältnis zu den drängenden politischen Notwendigkeiten. Parlament und Regierung mussten handeln.

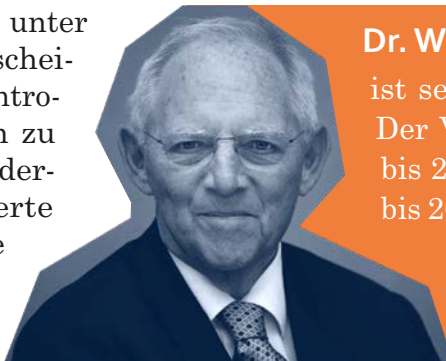
Wir mussten trotz des unsicheren Erkenntnisstandes und im Wissen um die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Forschung rasch Entscheidungen treffen und dabei verschiedene Disziplinen hören: die Soziologie, die Ökonomie, Psychologie und Pädagogik, wie auch den Ethikrat – denn natürlich galt es, die ethisch-moralische Dimension genauso wie die verfassungsrechtlichen Aspekte unserer Maßnahmen mit zu bedenken. Und wir haben die unterschiedlichen Argumente von Interessengruppen einbezogen.

In dieser Situation wurde es besonders deutlich, doch Politik ist immer ein schwieriger Abwägungsprozess, ein Austarieren widerstreitender Interessen. Sie darf dabei den Blick auf das große Ganze nicht verlieren. Das ist Politik: Das Ringen um Mehrheiten, die Suche nach Lösungen. Nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen treffen – und sie dann auch verantworten.

Es berührt unser Selbstverständnis als Demokraten, aber wir müssen stets neu beweisen, die großen Herausforderungen unserer Zeit im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie bewältigen zu können. In der Corona-Pandemie ist uns im Großen und Ganzen gelungen, auch unter enormem Entscheidungsdruck kontroverse Debatten zu führen und widerstrebende Werte und Interesse gegeneinander abzuwägen – auch wenn sich im Einzelnen Kritik immer üben lässt. Die parlamentarische Demokratie hat eine beispiellose Bewährungsprobe bestanden. Diese Erfahrung kann uns Mut machen für andere globalen Herausforderungen. Die parlamentarische Demokratie wird im Wettbewerb mit autoritären Systemen dann

bestehen, wenn wir als Gesetzgeber die Weichen so stellen, dass unsere Regierungsform neben ihrer Wertegebundenheit auch durch Effizienz überzeugt. Hüten wir uns allerdings gleichzeitig vor der Versuchung, alles regeln zu wollen. Politik weiß nicht alles besser. Wenn Politik meint, sie habe keine Grenzen, ist das mindestens genauso gefährlich wie wenn andere glauben, sie seien keinen Begrenzungen unterworfen. Das Prinzip unserer freiheitlichen Ordnung ist, dass sie begrenzt ist.

Der Souverän hat mit seiner Wahlentscheidung im Rahmen der Bundestagswahl vom 26. September 2021 die parteipolitische Vielfalt im Bundestag bestätigt – und neue Mehrheiten ermöglicht. Für 279 Abgeordnete begann ein neues Leben als Parlamentarier. Behaupte noch einer, die parlamentarische Demokratie könne sich nicht personell erneuern: Fast 40 Prozent aller Mitglieder des Bundestages bringen ihre Lebenswege, andere berufliche Hintergründe, persönliche Erfahrungen und Meinungen erstmals hier ein. Mit diesem Mandat, das auf Zeit verliehen ist – und bei dem man nie wissen kann, wie lange diese Zeit dann wirklich dauert – kommt eine außergewöhnliche und



Dr. Wolfgang Schäuble MdB

ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Volljurist war von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Bundesminister des Inneren und von 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen. Bis zum Jahr 2021 war Dr. Wolfgang Schäuble Präsident des Deutschen Bundestages. Zudem war er von 1989 bis 2021 Mitglied im Vorstand der CDU.

Foto: Deutscher Bundestag

erfüllende Arbeit auf einen zu. Und zugleich eine strapaziöse und vereinnahmende Zeit. Bei allem politischen Elan – die Arbeit auf offener Bühne verlangt, das Private zu schützen. Seine Integrität wahrt, wer weiterhin zuhören kann und den inneren Kompass nicht verliert. Wer sich in Kollegialität

und Fairness übt. Und wer sich über die Verhaltensregeln, die sich gegeben werden, hinaus den Sinn dafür bewahrt, was anständig ist – womöglich noch stärker, was unanständig ist. Früher hätte man gesagt: Was sich gehört und was nicht.

Wir alle repräsentieren als Abgeordnete das Volk. Wir vertreten die legitimen Interessen unserer Wähler und Parteien, aber: Wir haben immer auch das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Verwechseln wir Repräsentation deshalb nicht mit Repräsentativität. Jeder Einzelne von uns bildet nicht einfach einen Teil des Volkes ab. Artikel 38 GG ist eindeutig: Abgeordnete sind „Vertreter des ganzen Volkes“. Auch wenn sich die gewachsene Vielfalt unserer Gesellschaft in der Volksvertretung wiederfinden soll: der Bundestag wird nie ein exaktes Spiegelbild der Bevölkerung sein. Wer Repräsentation mit Repräsentativität gleichsetzt, wird eine Fülle eklatanter Abweichungen finden: in beruflicher, in regionaler, in kultureller oder religiöser Hinsicht. Und er leistet dem irrigen Verständnis Vorschub, dass gesellschaftliche Gruppen nur durch ihre eigenen Angehörigen vertreten werden könnten. Bei wem fangen wir an? Wo endet das? Ein Parlament, das zwar die Vielfalt abbildet, aber darüber keine Mehrheiten schaffen kann, ist kein Parlament!

Unsere repräsentative Demokratie beruht auf der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger – ohne Rücksicht auf ihre soziokulturellen Merkmale. Als Parlamentarier muss sich eine Juristin aus der Finanzverwaltung mit Fragen der Landwirtschaft vertraut machen, der Handwerksmeister Entscheidungen über eine Pflegereform treffen. Darin besteht das Mandat von Abgeordneten: Als gewählte Re-

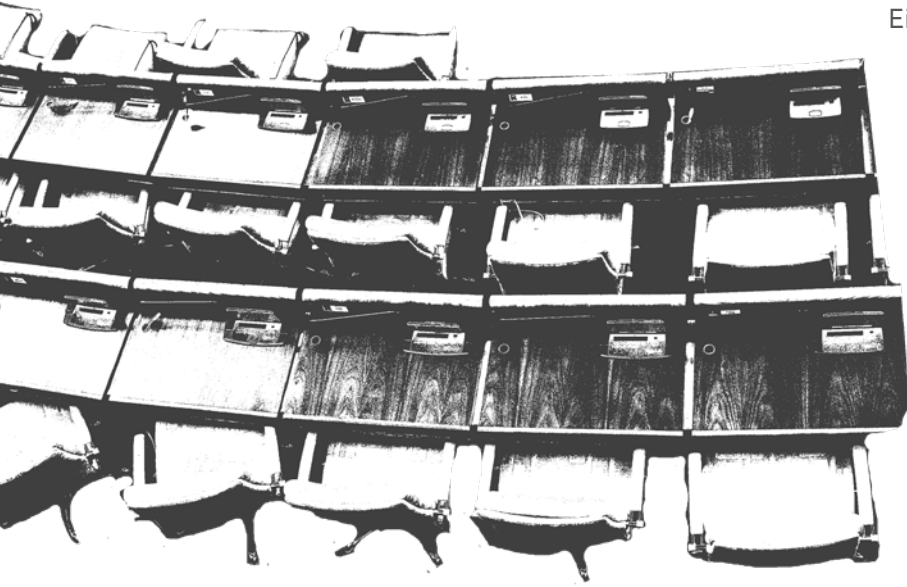
präsentanten vertreten wir die Repräsentierten nicht durch unsere Person, sondern durch unsere Politik. Durch sie sollten alle Menschen politisch Gehör finden. Der Bundestag bündelt Interessen und er trägt damit Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land. Deshalb sollten wir uns immer wieder

selbst hinterfragen, ob wir, ob unsere Parteien der Vielfalt an Interessen und Meinungen genügend Gehör verschaffen. Und auch, ob die Erwartung der Bevölkerung, an Gestaltungsprozessen selbst teilhaben zu können, ausreichend erfüllt wird.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich das Parlament mit einem Bürgerrat für eine Form der deliberativen Demokratie geöffnet. Dieser Bundestag wäre gut beraten, sich noch einmal intensiv mit den Vorteilen, aber auch den Grenzen dieser Art von Bürgerbeteiligung zu befassen – zumal Bürgerräte einen Raum schaffen, in dem unterschiedliche Menschen zusammenkommen, einander kennenlernen und sich austauschen müssen. Miteinander. Vereinzelungsorte haben wir genug.

Mehr Mitsprache heißt aber nicht automatisch mehr Partizipation – und auch nicht zwangsläufig mehr Akzeptanz für die am Ende im Parlament getroffenen Entscheidungen. Dabei leistet die repräsentative Demokratie, was auf keinem anderen Wege vergleichbar gelingt: nicht nur die Vertretung mobilisierbarer Interessen, sondern der Ausgleich widerstreitender Interessen. Nicht nur fordern, sondern auch gestalten. Nicht nur entscheiden, sondern auch verantworten. Davon werden wir die Bürger jedoch nur überzeugen, wenn wir unsere Rolle aktiv wahrnehmen. Es braucht ein





selbstbewusstes Parlament – selbstbewusste Parlamentarier.

Das fordert viel von den Abgeordneten: Da ist der Wille des Wählers, aber auch die Eigenständigkeit des Gewählten und die Abhängigkeit des einen vom anderen. Da ist der Drang, sich profilieren zu wollen – und gleichzeitig die Notwendigkeit, als Fraktion Geschlossenheit zu zeigen. Da ist das Selbstverständnis der Fraktion auf Eigenständigkeit – und in Regierungsverantwortung der Druck, stabile parlamentarische Mehrheiten zu sichern. Diesem Spannungsfeld können wir nicht ausweichen. Aber wir sollten uns dessen bewusst sein und uns um die richtige Balance bemühen – denn wir tragen die Verantwortung dafür, das Parlament gegenüber wachsender plebiszitärer Ansprüche zu stärken. Und im Übrigen liegt es auch an uns, wie weit wir unsere Gestaltungsspielräume als Gesetzgeber einengen lassen durch eine Rechtsprechung, die bisweilen mindestens an die Grenzen ihres Mandats geht. Dazu gehört für mich dann allerdings auch, Verantwortung, die politisch wahrzunehmen ist, nicht auf Gerichte abzuwälzen.

„Deshalb werden wir in einer Welt des rasanten Wandels den Bürgerinnen und Bürgern auch nur dann Halt geben können, wenn wir Europa stärken und zusammenhalten.“

Bei unseren Entscheidungen sind wir heute stärker denn je in globale Zusammenhänge eingebunden. Die komplexen Herausforderungen lassen sich nicht mehr allein im Nationalstaat bewältigen. Deshalb werden wir in einer Welt des rasanten Wandels den Bürgerinnen und Bürgern auch nur dann Halt geben können, wenn wir Europa stärken und zusammenhalten. Dazu braucht es unsere Bereitschaft, die anderen besser verstehen zu wollen. Die Interessen, Erfahrungen, historischen und kulturellen Prägungen des anderen zu kennen und zu respektieren. Ich habe in den vielen Jahren, in denen ich dem Bundestag und verschiedenen Regierungen angehören durfte, die Erfahrung gemacht: Parlamente können hier ergänzend zur Regierung manches bewirken. Als Abgeordnete sind wir es ja gewohnt, unterschiedliche Sichtweisen, widerstreitende aber legitime Interessen auszuhandeln.

Mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung haben wir 2019

eine weltweit einzigartige bi-nationale Kammer geschaffen, die in der Pandemie eindrucksvoll bewiesen hat, wozu sie in der Lage ist. Darauf können wir stolz sein, und darauf sollten wir aufbauen. Vergessen

wir darüber aber bitte auch nicht die besondere Mittlerrolle, die Deutschland für unsere mittelost- und osteuropäischen Nachbarn zukommt. Auch und gerade diesem Parlament. Leisten wir unseren Beitrag dazu, dass sich die Spaltungen in Europa nicht weiter vertiefen. Wir haben es in der Hand, ob die Bürgerinnen und Bürger dieser Volksvertretung das schenken, worauf die parlamentarische Demokratie baut: ihr Vertrauen.

Bürgerräte

Was ist ein Bürgerrat?

Ein Bürgerrat erarbeitet Lösungen für politische Probleme und schlägt diese der Politik vor. Auch wenn die Empfehlungen formal unverbindlich sind, werden sie in der Praxis oftmals berücksichtigt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Bürgerrats werden per Losverfahren aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und eingeladen, sich zu bewerben, um ein möglichst genaues Abbild der Bevölkerung herzustellen. Die vielfältige Zusammensetzung der Bürgerräte ist ihre besondere Stärke, da dadurch die Lösungen auf Basis vielfältiger Erfahrungswerte und Lebensumstände getroffen werden können. Zudem wird durch die direkte Ansprache und die Auslosung dafür Sorge getragen, dass auch die sozialen Gruppen miteinbezogen werden, bei denen sonst eine eher geringere politische Beteiligung festzustellen ist.

Bürgerräte ermöglichen Zeit und Raum für echte Debatten und haben eine positive Wirkung auf die Demokratie und die Politik. Durch sie soll innerhalb der Bevölkerung ein besseres Verständnis für die Arbeit der Politikerinnen und Politiker und somit ein stärkeres Vertrauen in deren Arbeit aufgebaut werden. Zudem wird den Bürgerräten eine Wegweiser-Funktion zugesprochen: Die Politik nimmt die Anliegen der Bevölkerung besser wahr und mehrheitsfähige Lösungen werden sichtbarer.

Seit 2019 wurden in Deutschland sieben bundesweite Bürgerräte durchgeführt. Auch auf regionaler Ebene finden Bürgerräte in Deutschland statt, genauso wie auf EU-Ebene über Ländergrenzen hinweg.

Wie funktioniert ein Bürgerrat?

Phase 1: Vorbereitung

In der ersten Phase werden die Teilnehmenden des Bürgerrates zufällig ausgelost und zur Bewerbung und Teilnahme eingeladen. Zudem wird das Thema des Bürgerrates festgelegt.

Phase 2: geloster Bürgerrat

Die Teilnehmenden erhalten die Informationen und das notwendige Wissen durch Vorträge und Erläuterungen von Expertinnen und Experten zu dem ausgewählten Thema. In professionell moderierten Kleingruppen werden Fragen, Ideen und Lösungen diskutiert sowie abschließend gemeinsam Handlungsempfehlungen entwickelt.

Phase 3: Übergabe

Die in einem Bürgergutachten zusammengefassten Empfehlungen werden dem zuständigen Parlament beziehungsweise dem zuständigen Gemeinderat zur weiteren Beratung vorgelegt.

Phase 4: Umsetzung

Abschließend wird im Gemeinderat bzw. Parlament über die Annahme, eine veränderte Übernahme oder eine Ablehnung der Handlungsempfehlungen entschieden.

*Quelle: Mehr Demokratie (2023): Bürgerrat.
<https://www.buergerrat.de/> [04.05.2023].*



Ordnung. Sicherheit. Zusammenhalt?

Warum Demokratie Polizei braucht

Gregor Lange

Auf dem breiten Fundament der Demokratie bildet die Polizei eine von vielen Säulen, die unsere Gesellschaft tragen. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hat starken Einfluss auf die Statik. Als Garant für die innere Sicherheit trägt die Polizei also eine besondere Verantwortung. Das stellt hohe Anforderungen auch an die Kommunikation mit den Menschen.

Entscheidend sind nicht allein die Zahlen über die Kriminalitätsentwicklung der vergangenen Jahre und Berichte über Ermittlungserfolge – entscheidend ist auch eine langfristig angelegte Transparenz über die Arbeit der Polizei. Entscheidend ist die bürgerorientierte Kommunikation mit den Menschen. Für sie ist die Polizei da. Nicht nur in Notfällen, sondern auch in vielen anderen Lebenslagen. Die Polizei begleitet Kinder bei ihren ersten Schritten auf dem Schulweg, sie berät beim Schutz vor Einbrechern und sie ist mit der mobilen Wache in den Stadtteilen ansprechbar und schafft Nähe.

Mehr noch: Ein klares Bekenntnis aller Beschäftigten und damit die eindeutige Haltung der gesamten Polizei zu den Werten der Demokratie und ihrer vielfältigen Gesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für ein Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine staatliche Institution, die – mit weitreichenden Befugnissen und Macht ausgestattet – nicht nur in Grundrechte eingreifen darf, sondern diese auch schützen und durchsetzen muss. Polizistinnen und Polizisten legen zu Beginn ihrer Laufbahn einen für immer gültigen und nicht veränderbaren Diensteid ab, der mit extremistischem Denken und Handeln nicht vereinbar ist. Bei Chats mit verstörenden rechtsextremistischen Inhalten gilt daher ein Null-Toleranz-Prinzip, um nur ein Beispiel für die Ansprüche an die Polizei zu nennen.

Das Vertrauen in die Institutionen des Staates und auch in die Polizei erfährt seit mehreren Jahren aus unterschiedlichen Gründen an verschiedenen Stellen mehr oder weniger große Brüche. Wir müssen die Ursachen und Verläufe der Brüche und Risse genau erkennen und unterscheiden können. Denn eine an den Staat gerichtete Kritik ist nicht zwingend ein Zeichen der

Entfremdung, sondern vor allem als ein Wesensmerkmal und Korrektiv in unserer Demokratie zu verstehen.

Die zwischen 2000 und 2006 begangenen NSU-Morde an neun Bürgerinnen und Bürgern und der Mord an einer Polizistin im Jahr 2007 lösten mit Beginn der Ermittlungen im Jahr 2011 bis heute nachvollziehbar anhaltende Zweifel und damit einen ernst zu nehmenden Vertrauensverlust aus, weil die Zivilgesellschaft ein Versagen im Inneren der Sicherheitsbehörden erkannte. Bürgerinnen und Bürger begleiteten die Ermittlungen und den Prozess sehr kritisch – ohne Vertrauen in die Institutionen. Wir sind gut beraten, uns zu öffnen und kritische Stimmen anzuhören.

Spätestens ab 2015 mit dem Thema Flucht und auch in der Pandemie versuchten Populisten von außen ein Framing gegen staatliche Institutionen und Amtsinhaber zu etablieren, das von der Mitte der Gesellschaft ausgehend das Grundvertrauen in den Staat gezielt erschüttern sollte. Diese Strategie ging einher mit Einschüchterungen, Bedrohungen und Gewalt. Es ging darum, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in schwierigen und komplexen Phasen zu durchbrechen, in dem Amtsinhaber und Zivilgesellschaft angegangen wurden, wenn sie solidarisch handelten.

Hate Speech, Fakenews und das Spiel mit der Angst kann die Menschen verunsichern oder auch antreiben: Zu von Algorithmen verstärktem digitalen Hass im Internet, der wie ein Durchlauferhitzer wirkt und eine Entfremdung von den Prinzipien unseres Rechtsstaats vorantreibt – und schließlich zu Gewalt. Die Polizei muss mit den Mitteln des Rechtsstaats konsequent

Grenzen ziehen, wenn Entfremdung zu Übergriffen führt. Das schafft Sicherheit und das sorgt für Vertrauen in den Staat.

Seit mehreren Jahren fällt auf, dass die Streitkultur in unserem Land jedoch einen starken Wandel erfährt. Im täglichen Ringen um Deutungshoheiten versuchen Populisten, Radikale und Extremisten, das Unsagbare in den Normalbereich zu ziehen. Sie tasten dabei die Würde des Menschen

an. Jüdischen Gemeinden schlägt ein offener Antisemitismus entgegen. Muslimische Gemeinden erfahren offen ausgeprägte Islamophobie. Für die Demokratie ehrenamtlich engagierte Politikerinnen

und Politiker sind Hass und Hetze ausgesetzt, ebenso Journalistinnen und Journalisten sowie Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Schwappen menschenverachtende Inhalte aus Chats und sozialen Netzwerken in Schlagzeilen und Talkshows über, droht der Extremismus salonfähig zu werden. Schritt für Schritt wird das Unsagbare erst sagbar und dann machbar – Hass und Hetze schlagen schließlich in Gewalt um. Die Taten in Halle, in Hannover und in Hanau erschütterten in kurzer Folge unser Land. Menschen sollten sterben, weil sie anders aussahen, weil sie eine andere Meinung hatten oder weil sie den Staat repräsentierten. Diesen hasserfüllten Taten

„Schwappen menschenverachtende Inhalte aus Chats und sozialen Netzwerken in Schlagzeilen und Talkshows über, droht der Extremismus salonfähig zu werden.“



Polizeipräsident Gregor Lange

leitet seit März 2014 das Polizeipräsidium Dortmund. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn war er zunächst Dezernent bei der Bezirksregierung Arnsberg sowie Referent im Innenministerium NRW mit den Schwerpunkten Verfassungsschutz, Rechtsextremismus und Innere Sicherheit. 2017 wurde er zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten in Deutschland gewählt.

Foto: Dieter Menne



sierte Rechtsextremismus liegt inzwischen am Boden und ist personell, organisatorisch und finanziell deutlich geschwächt. Die Zahl der in diesem Bereich politisch motivierten Kriminalität ist hier gegen den allgemeinen Trend deutlich gesunken, vor allem auch im Bereich der Gewalttaten. Führende Köpfe haben sich für den Ausstieg aus diesem menschenverachtenden Milieu entschieden oder das eigene Scheitern erkannt und Dortmund verlassen – oder sie verbüßen eine Freiheitsstrafe.

ging eine in aufgeheizten öffentlichen Debatten aggressiv und kämpferisch wirkende Sprache voraus, die den nächsten Schritt vorbereitete und die Bereitschaft zur Gewalt ansteigen ließ.

Trotz einer aggressiven Sprache, trotz unerträglicher Provokationen, vieler Demonstrationen und zahlreicher Straftaten ist es den von tiefem Hass angetriebenen Rechtsextremisten in Dortmund jedoch nicht gelungen, die Gesellschaft zu spalten. Denn Zivilgesellschaft, Kommune und Polizei wehrten die Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung gemeinsam mit starken Kräften ab. Es waren der kritische Dialog auf Augenhöhe und das gegenseitige Vertrauen, mit dem das Dortmunder

Wirkungsdreieck die Gefahr am rechten Rand wirksam bekämpfte. Mal jeder für sich. Oftmals gut aufeinander abgestimmt.

Wir alle wollten den Erfolg. Der Zusammenhalt führte zu wichtigen Zwischenzielen – und der organi-

Diese vielen kleinen Schritte erforderten Durchhaltevermögen und einen intensiven Dialog über die richtigen Strategien. Dieser Dialog setzte ein Vertrauen in staatliche Institutionen voraus. Er ist der Beweis dafür, dass wir offen sein müssen für Kritik und professionelle Kommunikation nicht nur in Einsätzen führen, sondern gerade dann, wenn Kritik in einem konstruktiven Dialog mit Ideen und Anregungen verbunden ist, die Polizeiarbeit verständlich macht und sogar verbessert.

Dies erfordert intensive Dialoge mit diversen Institutionen der Zivilgesellschaft in neuen Gesprächsformaten, in denen die Polizei ihren Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnet. Dabei erfahren wir in Dortmund nicht nur Kritik, sondern spüren in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auch ein großes Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei.

Vertrauen in die Polizei bedeutet auch Vertrauen in die Demokratie. Wir sollten dafür nicht allein warten, bis die Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen. Wir sollten aktiv auf sie zugehen.





Ungebrochen solidarisch

Demokratie braucht Gewerkschaften und eine starke Mitbestimmung!

„Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften (...), bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern. Sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt missbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“

Hans Böckler, erster DGB-Vorsitzende (1951)

Anja Weber

Mit diesen Worten umriss Hans Böckler als erster Vorsitzender das demokratische Leitbild des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Mitbestimmung im Betrieb und eine funktionierende Demokratie gehören untrennbar zusammen. Und das gilt auch heute noch: Länder, in denen Arbeitnehmer*innen verbindliche Mitspracherechte in Unternehmen haben, verfügen in der Regel auch über stärkere Demokratien (vgl. Vitols 2018). Aber nicht nur durch ihre Arbeit im Betrieb sind Gewerkschaften ein

unverzichtbarer Pfeiler unseres demokratischen Systems. Durch Tarifverhandlungen sorgen Gewerkschaften für faire Löhne und eine gerechtere Gesellschaft. Und durch ihr politisches Engagement verleihen sie den Arbeitnehmer*innen eine starke Stimme. Dabei gehören seit seiner Gründung die Werte Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft zur DNA des DGB – und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, ethnischer Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung. Werte also, die für eine freiheitlich demokratische Grundordnung

und den sozialen Zusammenhalt unverzichtbar sind. Mit bundesweit knapp sechs Millionen Mitgliedern sind die DGB-Gewerkschaften damit die größte politische Organisation, die sich den demokratischen Grundwerten nicht nur verschrieben hat und sie innerorganisatorisch lebt, sondern sie auch beständig verteidigt, einfordert und auf vielfältige Weise in der Arbeitswelt mit Leben füllt.

Ob bei Tarifverhandlungen, im Betrieb oder gegenüber der Politik: Gewerkschaften setzen auf solidarische Antworten und ringen unermüdlich um einen guten Kompromiss.

Denn die Bereitschaft zum Kompromiss ist eine zentrale, aber zugleich schwierige Aufgabe für unsere Demokratie. Demokratie ist die einzige politische Gesellschaftsordnung, die gelernt und gelebt werden muss. Und das scheint derzeit nicht immer leicht. Unsere Welt ist komplexer geworden und das stellt uns als Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wir müssen einen Transformationsprozess bewältigen, der nicht nur unsere Wirtschaft, sondern unsere gesamte Gesellschaft nachhaltig verändert. Globalisierung und Digitalisierung führen zu einer immer größeren Unübersichtlichkeit und Geschwindigkeit. Zudem sind die Lebensstile und -entwürfe vielfältiger geworden. Sowohl in Bezug auf Ressourcen und Status, aber auch auf kulturelle Werte und Einstellungen haben wir es mit einem Auseinanderdriften sozialer Gruppen zu tun.

Nicht alle Menschen kommen mit diesen Veränderungen mit, einige fühlen sich überfordert. Angesichts sich zuspitzender Krisenprozesse, sowohl in der sozialen als auch in der ökologischen Frage, sinkt die Akzeptanz, Kompromisse einzugehen. Auch das spiegelt sich in der sinkenden Wahlbe-

teiligung wider. Gleichzeitig ist der Kompromiss aber der einzige Weg, um zu guten Lösungen für alle zu kommen.

Klar ist: Die Aufgaben, die sich uns stellen, löst keine politische Partei, keine gesellschaftliche Gruppe und auch keine Generation allein. Die Gewerkschaften sehen sich aber in der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten: Als Krisenmanager, Mut-

macher und Gestalter. Im Herbst 2022 hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften zum „solidarischen Herbst“ aufgerufen. Hintergrund war die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöste

Energiekrise. Mit Kundgebungen, Aktionen und erfolgreichen Tarifrunden haben die Gewerkschaften hunderttausende Menschen bewegt und zusammengeführt. In Verhandlungen mit der Bundesregierung haben sie sich für die Interessen der Arbeitnehmer*innen stark gemacht. Und all das hatte Wirkung: Entgegen den Erwartungen konnte eine dramatische Rezession abgewendet werden, nicht zuletzt, weil die Tarifabschlüsse und die Entlastungspakete die Nachfrage stabilisiert haben. Die erfolgreiche Arbeit hat sich auch für die DGB-Gewerkschaften ausgezahlt: Sie verzeichneten Anfang des Jahres 2023 einen Zulauf bei den Mitgliedern wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Das Beispiel zeigt: Eine Krisenbewältigung, die auf demokratische und damit pluralistische Lösungen setzt, schützt besser vor Armut, sorgt für mehr wirtschaftlichen Erfolg und stärkt unseren demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Mit einer starken Demokratie kommen wir besser durch die Krisen. Dass die Demokratie dafür Gewerkschaften braucht, wurde in den vergangenen Krisen wie unter einem Brennglas sichtbar.

Gewerkschaften stehen sicher auf demokratischen Grundpfeilern

In diesem Jahr jährt sich die Machtübertragung an das nationalsozialistische Terrorregime und die brutale Zerschlagung der Gewerkschaften zum neunzigsten Mal. Ein Grund, sich zu erinnern. Die Weimarer Republik war geprägt durch immer schnellere Regierungswechsel, kaum ein Reichskanzler regierte länger als ein Jahr. Die Massenarbeitslosigkeit nahm seit Beginn der Weltwirtschaftskrise stetig zu, gleichzeitig war die Demokratie gering verankert, Rechtsstaatlichkeit und Interessenausgleich wurden wenig geschätzt. Die Arbeiterbewegung war tief zerstritten und verkannte die Bedrohung durch den aufkommenden Faschismus. Nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht erhielten, begannen sie umgehend mit dem Umbau des Staates. Rechtsstaatlichkeit hatte keinen Wert mehr. Systematisch bereiteten sie Massenmord und Angriffskrieg vor. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund (ADGB) rief zu Besonnenheit auf, eine Fehleinschätzung, für die ein hoher Preis bezahlt wurde. Am 1. Mai 1933 feierte das Land gemeinsam und aufwändig den „Tag der nationalen Arbeit“, nur einen Tag später, am 2. Mai, zerschlugen die Polizei und die Schutzabteilung (SA) Gewerkschaften, verhafteten und misshandelten ihre Funktionäre und besetzten Gewerkschaftshäuser. Es folgten Razzien und Verhaftungen, mit brutalem Vorgehen des NS-Regimes wurde in kürzester Zeit das gewerkschaftliche Netzwerk zerschlagen.

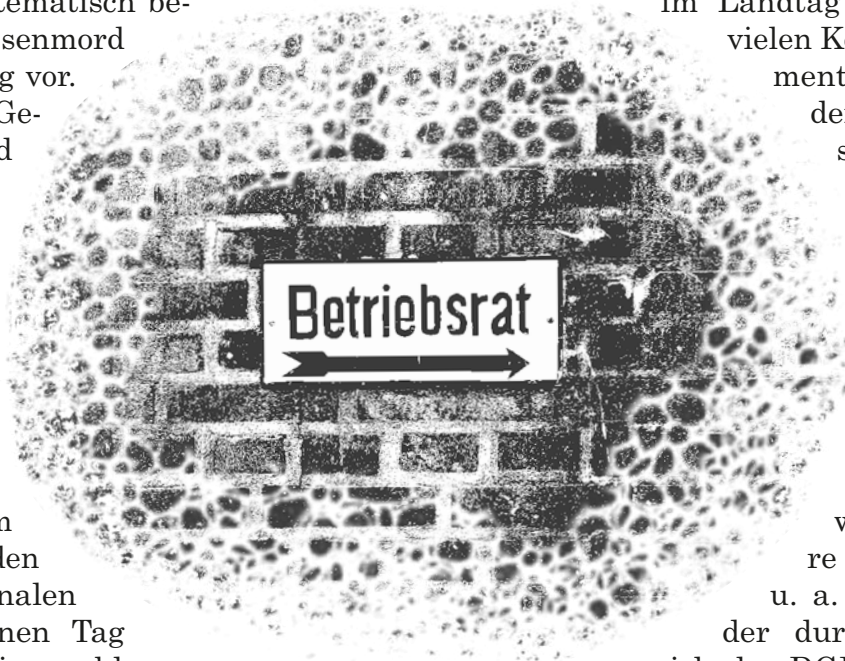
Das Erinnern an die tapferen Männer und Frauen, die sich dem aufkommenden Faschismus entschlossen entgegengestellt haben und für die Idee freier Gewerkschaften Haft, Folter und Ermordung hingenommen haben, gehört ebenso zur Erinnerungskultur des DGB wie die schmerzliche Frage, wie es zur kampflosen Aufgabe der eigenen Organisation kommen konnte.

Eine zentrale Lehre, die der DGB und seine Gewerkschaften gezogen haben, ist die klare und unverrückbare Abgrenzung gegen völkischen Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Nicht nur die Geschichte lehrt uns, dass demokratische Wahlen aus diesen Vertreter*innen keine Demokrat*innen machen. Die Forderung nach klarer Abgrenzung hat eine hohe Aktualität angesichts des Erstarkens der falschen Alternative in den neuen Bundes-

ländern und ihrer Vertretung auch im Landtag NRW und in vielen Kommunalparlamenten, aber auch der Versuche, in sozialen Bewegungen Fuß zu fassen. Hier ist eine klare Haltung aller Demokrat*innen gefordert.

Die zweite wichtige Lehre verdanken wir u. a. Hans Böckler, der durchsetzte, dass sich der DGB nach dem 2.

Weltkrieg als Einheitsgewerkschaft gründete. Damit verpflichtet sich der DGB pluralistisch sowie parteipolitisch und religiös unabhängig zu sein, aber keineswegs politisch neutral. Diese Kraft der Einheitsgewerkschaft verleiht Durchsetzungskraft und Verhandlungsstärke gegenüber politi-



schen Entscheider*innen und schützt zugleich vor politischer Zersplitterung.

Auch aus den Betrieben wuchs die wieder entstehende Demokratie in Deutschland heraus. Am 9. Juli 1945, wenige Wochen nach Kriegsende, wurde die erste Betriebsratssitzung bei der späteren Salzgitter AG eröffnet. In der britischen und der amerikanischen Besatzungszone waren geheime Wahlen für die Belegschaftsvertretungen möglich. Die im Herbst 1945 auf dieser

Grundlage einsetzenden Betriebsratswahlen stellten für einen Großteil der Bevölkerung nach der faschistischen Diktatur die erste Möglichkeit zu einer freien Willensbekundung dar. Ende 1945 saßen in den meisten Industriebetrieben demokratisch legitimierte Belegschaftsvertreter den Unternehmensleitungen gegenüber. Die gelebte Demokratie in den Betrieben nahm ihren Anfang.

Gute Arbeit – Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und eine sichere Demokratie!

Es ist an der Zeit, die Arbeitswelt stärker als Ort zur Stärkung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts in den Blick zu nehmen. Denn die konkreten Erfahrungen der Menschen am Arbeitsplatz haben einen entscheidenden Einfluss auf ihre demokratischen Werte und Haltungen. Wer seinen Arbeitsplatz als unsicher und schlecht bezahlt wahrnimmt, wer sich in den Transformationsprozessen allein und ihnen schutzlos ausgeliefert fühlt und wer große Sorgen und Abstiegsängste verspürt, äußert häufiger antidemokratische Einstellungen (vgl. Hövermann et al. 2021).

Mit Blick auf die multiplen Krisen offenbart der Arbeitsmarkt nach drei Jahrzehnten neoliberaler De-Regulierung genau diese Risiken: Auf soziale Spaltung, die Ausweitung von prekärer Arbeit, Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen



Anja Weber

ist studierte Politologin und seit Dezember 2017 Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes NRW. Zuvor war sie in verschiedenen Funktionen bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten tätig und arbeitete als Landesschlichterin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW.

Foto: DGB Nordrhein-Westfalen

reagieren viele Menschen mit zunehmender Verunsicherung. Bis in die Mitte der Gesellschaft hinein bestehen Abstiegsängste und Zukunftssorgen für sich und die eigenen Kinder. Die populistischen Vereinfacher nutzen diese Verunsicherung, um mit ihren nationalistischen Rufen nach neuen Grenzen und Abschottung, ihren extremistischen, menschenfeindlichen und rassistischen Parolen die gesellschaftliche und politische Spaltung zu vertiefen. Regelmäßig zeigen Wahlauswertungen, dass national-völkische und rechtsextreme Parteien von Gewerkschaftsmitgliedern etwas häufiger gewählt werden als im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Hintergrund ist die soziale Herkunft der Wähler*innen mit Gewerkschaftsmitgliedschaft: Der Anteil der Arbeiter*innen ist naturgemäß größer als in der Bevölkerung insgesamt und der Anteil von Selbstständigen und Unternehmer*innen kleiner. Wir wissen aber auch, dass Menschen in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebsrat rechte Parteien deutlich seltener wählen. Gute Arbeitsbedingungen sind also ein wichtiger Baustein bei der Errichtung einer Schutzmauer gegen rechts (vgl. Jirjahn und Thu Le 2023).

Der Zusammenhang zwischen Guter Arbeit und demokratischen Grundwerten zeigt sich vor allem, wenn man die Lebenssituation von Menschen mit geringen Einkommen betrachtet. Sie müssen auf Güter des alltäglichen Lebens verzichten, sie leben auf kleinerem Wohnraum oder haben einen schlechteren Gesundheitszustand. Diese verminderte gesellschaftliche Teilhabe führt dazu, dass Arme mit ihrem eigenen Leben unzufriedener sind und weniger Vertrauen in das Handeln politischer Akteure haben (vgl. Spannagel und Zucco 2022). Gleichzeitig verschärfen die vergangenen Krisen die soziale Ungleichheit, sie stärken die Ränder unserer Gesellschaft: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer! Hier geraten die Grundfesten unseres demokratischen Miteinanders ins Wanken. Gesellschaftlicher Ausschluss nährt Zweifel am politischen System: Nur rund zwei Drittel der armutsbetroffenen Menschen in NRW halten die Demokratie für die geeignete Staatsform (ebd.). Wir brauchen eine gerechtere Verteilung von Einkommen, Steuern und Vermögen, um die soziale Spaltung zu überwinden und unsere Demokratie zu stärken!

Eine starke Demokratie braucht zudem ein gerechtes Bildungssystem: Dass jede*r das gleiche Recht auf Bildung hat, ist eine große Errungenschaft der Demokratie. Nicht mehr ständische Herkunft sollte darüber bestimmen, welche Berufe und gesellschaftlichen Positionen dem Einzelnen offenstehen, sondern individuelle Talente, Fähigkeiten und Leistungen. Doch viel zu oft scheitert der Bildungserfolg an der sozialen Herkunft, viel zu viele Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss und die Bildungsqualität befindet sich auf einem Sinkflug. Das schadet unserer Demokratie.

„Die Arbeitswelt ist der Maschinenraum der Gesellschaft, Betriebe darin zentrale Sozial- und Erfahrungsräume für gelebten Zusammenhalt.“

Der Zusammenhang zwischen Schulabschluss und demokratischer Beteiligung zeigt sich beispielhaft in der sozialen Spaltung der Wahlbeteiligung in NRW: In den Stimmbezirken mit der niedrigsten Wahlbeteiligung sind prozentual fast viermal so viele Arbeitslose und knapp doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss wie in den wählerstärksten Stimmbezirken vertreten (vgl. Vehrkamp und Tillmann 2017).

Wer den sozialen Zusammenhalt stärken möchte, muss die Voraussetzungen dafür schaffen, durch gerechte Bildungschancen, Gute Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. Dafür machen sich die Gewerkschaften stark.

Gelebte Demokratie braucht eine starke Mitbestimmung

Häufig unterschätzt wird die Bedeutung und Chance der betrieblichen Mitbestimmung, die Demokratie konkret und erlebbar macht: Betriebsrät*innen vermitteln gewerkschaftliche Ideale in gelebter Praxis, Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen stärken jungen Menschen den Rücken und sorgen für gute und faire Ausbildungsbedingungen und -chancen. Über

ihren Einfluss in den Aufsichtsräten sorgen Gewerkschaftsvertreter*innen dafür, dass wirtschaftliche Interessen und die Interessen der Belegschaften gleichwertig behandelt werden.

Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess, den Gewerkschaften mitgestalten.

Die Arbeitswelt ist der Maschinenraum der Gesellschaft, Betriebe darin zentrale Sozial- und Erfahrungsräume für gelebten Zusammenhalt. Kollegialität, Zugehörig-

keit und Partizipation sind Erfahrungen vieler Beschäftigter. Der Betrieb ist einer der wenigen Räume, wo sich Menschen noch außerhalb ihres eigenen Milieus und sozialer Zugehörigkeit begegnen – Fußballstadien sind weitere. Auch bei der Bekämpfung von Diskriminierung spielt der Betrieb eine zentrale Rolle, denn hier treffen Beschäftigte mit unterschiedlichsten Meinungen und Hintergründen zusammen. Gibt es im Privaten viel Raum zum Rückzug und zur Desintegration, so ist der Arbeitsplatz grundsätzlich ein Ort, an dem viele unterschiedliche Menschen zusammenkommen und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird. Doch die Fragmentierung zwischen Stamm- und Randbelegschaft, die zunehmenden Tendenz nach mehr individualisierter Arbeit, die Abnahme von direkten Austauschmöglichkeiten durch mobiles Arbeiten und der damit einhergehende Verlust von Verständnis füreinander, stellen den Betrieb als sozialen Nahraum zunehmend auf die Probe. Umso wichtiger ist eine starke betriebliche Mitbestimmung, die dafür sorgt, dass Machtbeziehungen gerechter gestaltet und die Interessen der Arbeitnehmer*innen gestärkt werden.

Mit betrieblicher Mitbestimmung geht mehr

Mitbestimmen, beteiligen, mitmischen: In keinem anderen Land Europas können Betriebsräte in Unternehmen so umfassend mitbestimmen wie hierzulande. Mitbestimmung ist das zentrale Schutz- und Gestaltungsinstrument im Betrieb, die vergangenen Krisen haben dies bewiesen. Dort, wo es Betriebsräte gibt, sind die Entgelte nachweislich höher, die Arbeitsbedingungen besser und die Arbeitsplätze sicherer. Die Unternehmen sind wirtschaftlich sogar erfolgreicher. Lösungen brauchen manchmal länger, aber sie tragen besser, das ist das Produktivitätspotential des Konfliktes. Beschäftigte mit Betriebsrat gehen häufiger zu den Wahlurnen und entscheiden sich häufiger

ger für demokratische Parteien. Deswegen fordert der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften eine umfassende Reform der Betriebsverfassung, die echte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Zukunftsthemen vorsieht.

Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich gut abschneidet, werden aktuell weniger als die Hälfte aller Beschäftigten in betriebsratsfähigen Betrieben von einem Betriebsrat vertreten (vgl. Ellguth und Kohaut 2022). Die Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit muss endlich wirksam unterbunden werden, damit Beschäftigten ihre demokratischen Grundrechte nicht vorenthalten werden.

Verhandlung auf Augenhöhe mit Tarifverträgen

Ob Gehalt, Urlaubstage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ob Arbeitszeiten, Beschäftigungssicherung, Kündigungsfristen oder Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung – Beschäftigte mit tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen stehen besser da als ohne. Aber auch Unternehmen und die öffentliche Hand profitieren: Tarifverträge garantieren gleiche Wettbewerbsbedingungen bei den Personalkosten und schaffen zufriedene Beschäftigte und ein gutes Betriebsklima. Umgekehrt ist der volkswirtschaftliche Schaden durch Tariffucht der Unternehmen immens, bundesweit entgehen rund hundert Mrd. Euro durch geringere Sozialabgaben, Steuereinnahmen und Kaufkraft.

Tarifverträge haben aber auch eine gesellschaftspolitische Wirkung: Mit Tarifverträgen als Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestützt. Vor allem sind sie das zentrale und wirksame Steuerungsinstrument in der Transformation, z. B. gegen den Gender Pay Gap, gegen Armut oder auch gegen den Fachkräftemangel.

gel, der in vielen Branchen durch fehlende Attraktivität entsteht.

Tarifverträge ersetzen die Verhandlungsmacht der Einzelnen durch Regeln für die vielen, sie stärken unsere Demokratie, die auf der Aushandlung unterschiedlicher Interessen beruht. Damit hat auch der Staat die Aufgabe, ein gut funktionierendes Tarifvertragssystem zu sichern zumal in Deutschland diese Aufgabe sogar ausdrücklich durch das Grundgesetz (Artikel 9, Abs. 3) abgesichert ist. Umso dramatischer, dass die Tarifbindung deutschlandweit, aber auch im bevölkerungsreichsten Bundesland, kontinuierlich zurückgeht. In Nordrhein-Westfalen arbeiten im Jahr 2020 nur noch 57 Prozent aller Beschäftigten in einem Unternehmen mit Tarifvertrag. Wie in Deutschland insgesamt ist auch in Nordrhein-Westfalen die Tarifbindung der Beschäftigten seit Mitte der 1990er Jahre stark gesunken. 1996 lag sie noch bei 82 Prozent (vgl. Schulten et al. 2022). Dabei ist die Erosion von Tarifverträgen kein zwangsläufiger Prozess. Werden die Tarifvertragsparteien und die sie tragenden Verbände gestärkt, um auf diese Weise die Repräsentativität und Legitimität zu sichern, erhöht sich die Durchsetzungsfähigkeit von Tarifverträgen. Hierbei spielt die Mitgliederzahl eine entscheidende Rolle, ganz nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark!“. Gleichzeitig kann und muss der Staat seine Vorbildfunktion erfüllen. Er muss dafür Sorge tragen, dass Steuergelder kein Lohndumping unterstützen und öffentliche Aufträge und Förderung von Unternehmen an Tarifbindung knüpfen.

Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer*innen in der Politik

Die „großen“ politischen Themen werden im Alltäglichen erfahren: Wer als junger Mensch lernt, dass der Geldbeutel der Eltern entscheidender für seinen Erfolg ist, als das,

was man im Kopf hat und im Herzen trägt, lernt, dass in unserer Demokratie nicht alle gleich behandelt werden. Dabei fußt die Demokratie auf soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und soziale Inklusion. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat und eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung von Zukunftsinvestitionen, eine gerechte Struktur- und Klimapolitik, ein soziales und stabiles Sicherungssystem, eine gute Personalausstattung und



motivierte Kolleg*innen im öffentlichen Dienst und in der Daseinsvorsorge. Denn eine demokratische und friedliche Gesellschaft stützt sich auf leistungsfähige staatliche Institutionen. Mit der Respekt-Kampagne des DGB „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“ macht sich der DGB stark für mehr Respekt gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich bedroht werden. Dies ist u. a. Ausdruck einer „Verrohung“ unserer Gesellschaft, die die Rechts-

staatlichkeit einer freien Demokratie in Frage stellt.

In einem leistungsfähigen Staat spielen Kommunen eine zentrale Rolle. Sie sind Motor für die lokale Wirtschaft und verantwortlich für den Erhalt, Auf- und Ausbau zentraler Infrastrukturen im Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich. Die Auswirkungen politischer Handlungen sind hier besonders zu spüren. Kommunen werden deswegen zu Recht als eine Keimzelle der Demokratie bezeichnet. Aber sie brauchen eine finanzielle Ausstattung, die ihnen genügend Spielraum lässt. Die Altschuldenproblematik entwickelt gerade in Nordrhein-Westfalen angesichts wieder steigender Zinsen und wachsender

Aufgaben dramatische gesellschafts-politische Sprengkraft. Deshalb macht der DGB immer wieder Druck auf die politischen Entscheider*innen in NRW, die Kommunen endlich von ihrer Schuldenlast zu befreien. Dafür ist es unabdingbar, die Einnahmeseite des Staates zu stärken. Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren – unter diesem Motto hat der Deutsche Gewerkschaftsbund steuerpolitische Vorschläge an die Politik gemacht.¹ Das Geld ist im System, es muss nur umverteilt werden. Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und eine verfassungsfeste Erbschaftsteuer geschaffen werden, die bestimmte Vermögensarten nicht weiter privilegiert. Denn hohe Vermögenskonzentration ist schädlich:

„Wir sollten mit Zuversicht auf das Fundament schauen, das wir geschaffen haben.“

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Demokratie und für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft!

Ausblick

Es gibt viel zu tun, um unsere Demokratie im 21. Jahrhundert zu entwickeln und die Herausforderungen sind derzeit gewaltig: Die soziale Ungleichheit ist groß und die Demokratie durch den Angriff von rechts in Gefahr. Der soziale Zusammenhalt wird zusätzlich durch multiple Krisen auf die Probe gestellt. Und dennoch:

Es gibt keinen Grund zu verzagen oder gar den Kopf in den Sand zu stecken. Wir sollten mit Zuversicht auf das Fundament schauen, das wir geschaffen haben. Wir haben in unserem Land eine stabile Demokratie und wir haben das, was die Weimarer Demokratie nicht hatte und daran zerbrochen ist: Wir haben Millionen Demokratinnen und Demokraten.

Wir haben die Chance, die Transformation zu schaffen hin zu einer sozialeren, ökologischen und demokratischeren Gesellschaft, die zusammenhält. Mitbestimmung, eine gute Sozialpartnerschaft, die den Konflikt ebenso wertschätzt wie den guten Kompromiss, Tarifverträge und Gewerkschaften haben einen hohen Wert in unserer Gesellschaft und können als Turbo die Transformation vorantreiben und dabei helfen, Krisen sozial gerechter zu gestalten. Dafür aber müssen Entscheidungen getroffen werden: Von jedem und jeder einzelnen, von den Unternehmen, von der Politik. Wir müssen uns gemeinsam stark machen für Tarifbindung und Mitbestimmung, für soziale Gerechtigkeit und mit einer klaren Haltung für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit eintreten.

¹ Hinweis auf das DGB-Steuerkonzept: <https://www.dgb.de/-/0Fe>.

Literatur

Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2022): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. In: WSI-Mitteilungen, Vol. 75, No. 4. S. 328–337.

Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina/Voss-Dahm, Dorothea (2021): Anti-Demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel (No.007). Forschungsförderung Policy Brief.

Jirjahn, Uwe/Thu Le, Thi Xuan (2023): Works Councils and Workers' Party Preferences in Germany (PDF). IZA Discussion Paper Nr. 15879.

Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard/Lübker, Malte (2022): Tarifverträge und Tarifflucht in NRW. DGB-Bezirk NRW.

Spannagel, Dorothee/Zucco, Aline (2022): Armut grenzt aus: WSI-Verteilungsbericht 2022 (No. 79). WSI-Report.

Vehrkamp, Robert/Tillmann, Christina (2017): Populäre Wahlen – NRW Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017. Bertelsmann-Stiftung.

Vitols, Sigurt (2018): Kontinent vieler Geschwindigkeiten: Arbeitnehmer- und Bürgerbeteiligung in Europa. WZB-Mitteilungen Nr. 160, S. 30–32.

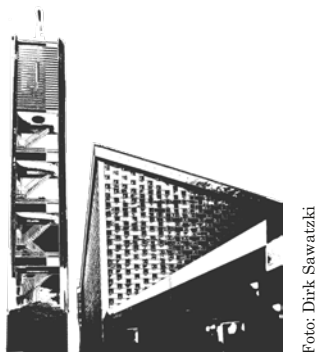


Foto: Dirk Sawatzki

Glaube kann verbinden

Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Kirchen in der heutigen Zeit

Interview mit Pfarrerin Ute Sawatzki

Seit vielen Jahren arbeiten Sie als Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Trinitatis in Duisburg. Wie nehmen Sie die Rolle der Kirche in der aktuellen Zeit wahr?

Natürlich diskutieren wir auch in unseren Kreisen darüber, welche Relevanz die Kirche heute noch für die Gesellschaft hat. In der öffentlichen Diskussion wird schnell gesagt, dass wir für die Gesellschaft gar nicht mehr so wichtig sind und die meisten Leute sich für die Kirche nicht mehr interessieren. Das hat man dann fast schon verinnerlicht. Im Alltag vergisst man schnell, was man leistet und an Angeboten bietet. Wir wollen uns nicht zu wichtig nehmen, aber wir leisten in unserem Kirchenkreis gute Arbeit, die für die Stadt Duisburg sehr bedeutend ist. Wir beschäftigen tausende Menschen in vielen verschiedenen Bereichen wie z. B. in Pflegeeinrichtungen und Kindergärten. Wir haben ein Diakoniewerk,

das eine gigantisch große Arbeit macht – von der Schuldnerberatung bis hin zur Seemannsmission im Duisburger Hafen. Wir haben zudem ein Frauenhaus, eine Ausbildungsstätte für Jugendliche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer eine Arbeit finden würden, eine Hilfe für Wohnungslose, Suchthilfen, Flüchtlingshilfen, eine Bahnhofsmision, ein Familienbildungswerk, das Kindergärten und offenen Ganzttag betreut, und eine Institution „pro kids“ für Straßenkinder in Duisburg. Besonders die Wohnungslosenhilfe hat in der Vergangenheit eine bedeutende Arbeit für Duisburg geleistet: Ich kenne den aktuellen Stand nicht, aber vor einiger Zeit war es noch so, dass es in Duisburg keine wohnungslosen Menschen mehr gab, die das nicht bewusst wollten. Wer eine Wohnung haben wollte, hat mit unserer Hilfe und die der Stadt Duisburg eine Wohnung bekommen. Das sieht in anderen Städten ganz anders aus, was natürlich auch daran liegt, dass es in Duisburg noch freie Wohnungen gibt, in denen man die Menschen unterbringen kann. Aber so etwas macht die Kirche eben auch.

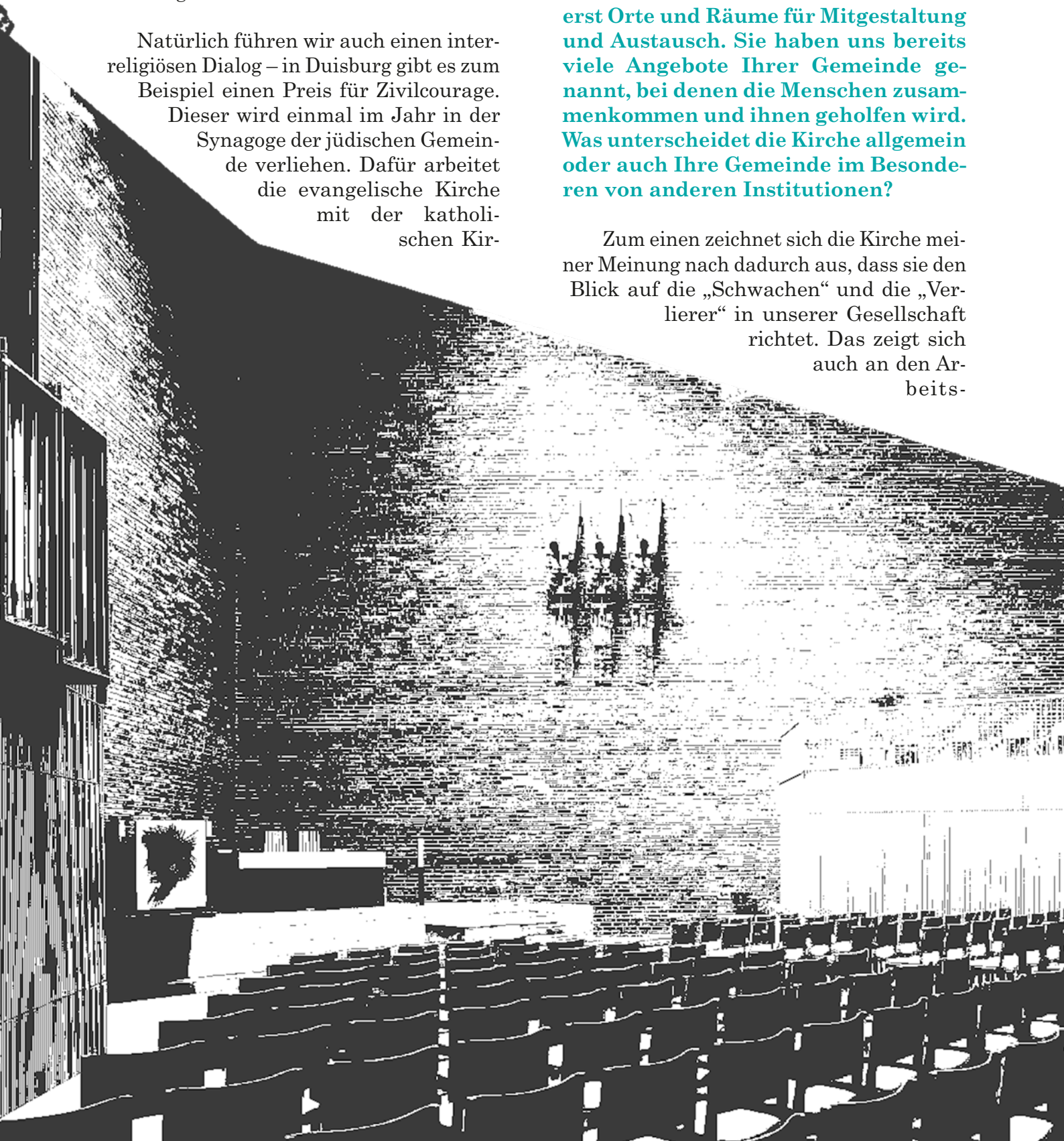
Und in Duisburg ist diese Arbeit von der Stadt durchaus sehr anerkannt. Die Stadt Duisburg weiß, was sie der evangelischen Kirche zu verdanken hat, denn das sind alles Aufgaben, die von der Stadt sonst wahrgenommen werden müssten oder die eben unerledigt bleiben würden.

Natürlich führen wir auch einen interreligiösen Dialog – in Duisburg gibt es zum Beispiel einen Preis für Zivilcourage. Dieser wird einmal im Jahr in der Synagoge der jüdischen Gemeinde verliehen. Dafür arbeitet die evangelische Kirche mit der katholischen Kir-

che, den Gewerkschaften und den Parteien zusammen und zeichnet jemanden aus der Stadtgesellschaft aus, der sich besonders für die Gesellschaft engagiert hat.

Für Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe braucht es zuallererst Orte und Räume für Mitgestaltung und Austausch. Sie haben uns bereits viele Angebote Ihrer Gemeinde genannt, bei denen die Menschen zusammenkommen und ihnen geholfen wird. Was unterscheidet die Kirche allgemein oder auch Ihre Gemeinde im Besonderen von anderen Institutionen?

Zum einen zeichnet sich die Kirche meiner Meinung nach dadurch aus, dass sie den Blick auf die „Schwachen“ und die „Verlierer“ in unserer Gesellschaft richtet. Das zeigt sich auch an den Arbeits-



bereichen, die ich eben genannt habe. Zum anderen ist die Kirche die einzige Institution, die noch mit einer dritten Dimension arbeitet: Wir gehen davon aus, dass nichts auf der Welt Zufall ist. Wir sagen, dass wir sind und wie wir sind, hat ein anderer gemacht und dem gegenüber sind wir verantwortlich. Gleichzeitig unterstützt Gott uns in unseren Krisen. Ich glaube, je krisenhafter das Geschehen ist, desto wichtiger wird der Glaube für die Menschen: Dass wir unser Schicksal nicht allein in der Hand haben und dem ausgeliefert sind, sondern dass eine Macht über uns ist, die uns trägt und hält – auch in schweren Zeiten.

Eine weitere Besonderheit bei uns ist, dass wir mit allen Generationen arbeiten. Ich glaube, dass es wenige Organisationen gibt, in denen Menschen aller Generationen zusammenkommen. Wenn wir Familiengottesdienste veranstalten, ist die Altersspanne zwischen

Null und 90+. Unsere Gemeinde hat zudem das Netzwerk „55+“ ins Leben gerufen. Dafür wurden alle Gemeindemitglieder über 55 Jahre angeschrieben und zu einem offenen Treffen eingeladen. Da sind über 100 Leute zusammengekommen, die gemeinsam basteln, malen oder Fahrrad fahren und vieles andere mehr. Diese Aktivitäten werden zwar nicht von der Gemeinde getragen, sondern von Teilnehmenden eigenständig organisiert, aber die Gemeinde stellt die Räume zur Verfügung. An solch

„Die Kirche [zeichnet sich] meiner Meinung nach dadurch aus, dass sie den Blick auf die „Schwachen“ und die „Verlierer“ in unserer Gesellschaft richtet.“

einer Form der Vernetzung herrscht großes Interesse. Zudem haben wir viele Chöre, die ebenfalls generationenübergreifend funktionieren – vom Kinder- und Jugendchor über den Gospelchor bis hin zum großen Kirchenchor. Es ist ein niederschwelliges Angebot, besonders für Kinder, mit Musik in Kontakt zu kommen.

Mein Lieblingsprojekt ist die Kinderbibelwoche. Letzten Monat haben wir sie erstmals nach der Corona-Pause wieder ausgerichtet und wir waren uns sehr unsicher, ob es noch angenommen wird, aber es kamen an jedem Nachmittag 180 Kinder. An drei aufeinander folgenden Nachmitta-

gen wurden Geschichten als Theaterstück erzählt und im Anschluss gebastelt. Wir machen dies zusammen mit der katholischen Kirche und den Kindergärten und auch die Schule vor Ort unterstützt das sehr – es ist also auch sehr integrativ. Früher hatte ich das Gefühl, dass hauptsächlich Kinder aus der näheren Umgebung das Angebot angenommen haben, aber mittlerweile habe ich den Eindruck, dass viele Eltern wollen, dass ihre Kinder solche Angebote haben, und sie diese dafür auch aus anderen Stadtteilen hierherfahren. Ich denke, dass auch immer mehr junge Eltern wollen, dass ihre Kinder eigene Erfahrungen mit der Kirche und dem Glauben machen können, auch wenn die Eltern selbst unter Umständen noch nicht mal gläubig sind. Sie sagen, die Kinder sollen die Chance dazu haben, an Gott zu glauben. Hier zeigt sich vielleicht auch noch mal diese andere Dimension, von der ich eben gesprochen habe: Auch Eltern, die selbst nicht viel Kontakt zum Glauben hatten, haben teilweise das Gefühl, es könnte etwas fehlen und es ist für die Kinder gut, an Gott zu glauben und daraus Hilfe und Unterstützung zu ziehen.

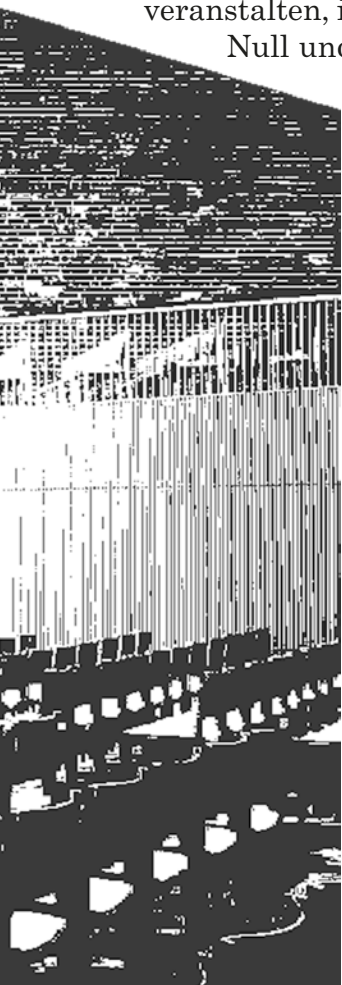


Foto: Kastner Pilcher Architekten

Hard Facts

Kirchen im Ruhrgebiet – eine langjährige Verbindung

Die Geschichte des Ruhrgebiets ist nicht ohne den Einfluss der katholischen und evangelischen Kirchen zu denken (vgl. Brakelmann et al. 1998, 9 ff.). Beide haben eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Industriereviers gespielt und mit ihren Gemeinde- und Pfarrhäusern, ihren Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und anderen diakonischen Einrichtungen das äußere Bild der Region ebenso geprägt wie die Fördertürme und Schornsteine der Zechen. Die Kirche gehörte zur Alltagswelt der Menschen: „Von der Wiege bis zur Bahre“ wurden Generationen von Familien von der Kirche und dem kirchlichen Umfeld begleitet.

Auch zwischen dem Bergbau und der Kirche gab es seit jeher enge Verflechtungen. Im Rahmen des ökumenischen Gottesdienstes, der 2018 zum Abschied des Steinkohlebergbaus gefeiert wurde, brachte der damalige

Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland Manfred Rekowski es wie folgt auf den Punkt: Der Bergmannsgruß „Glück auf“ sei wie ein Segenswort und bedeute „Gott möge dich bewahren“ (vgl. Rheinische Post 2018).

Inzwischen haben die Kirchen auch im Ruhrgebiet wie in der gesamten Bundesrepublik mit starken Entfremdungstendenzen und einer Zunahme an Kirchenaustritten zu kämpfen.

Quelle: Brakelmann, Günter/Jähnichen, Traugott/Friedrich, Norbert (1998): Kirche im Ruhrgebiet, Klartext Verlag, Essen, 2. Auflage.

Quelle: Rheinische Post (2018): Bergbau in NRW: Kirchen verabschieden sich feierlich von Steinkohlenförderung, in: RP ONLINE, https://rp-online.de/nrw/panorama/bergbau-in-nrw-kirchen-verabschieden-sich-feierlich-von-steinkohlenfoerderung_aid-35261251.

Inwiefern tragen Ihre Aktionen und Angebote neben der Stärkung des Gemeindelebens auch zu einer gewissen Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung des Einzelnen bei?

Ja, das nehme ich durchaus für uns in Anspruch. Wir haben schon vor längerer Zeit beispielsweise eine Umweltgruppe gegründet, die dafür sorgt, dass wir nur noch umweltfreundliche und fair gehandelte Produkte kaufen und auch die Gruppen bitten, dies genauso zu tun. Letztens haben wir einen Gottesdienst zum Thema „Faire Kleidung“ veranstaltet. Wir werden und müs-

sen in den nächsten Jahren klimaneutral werden. Gesellschaftliche Verantwortung spielt eine ganz große Rolle. In unserer Gemeinde herrscht auch ein großes Spendenaufkommen. Momentan haben wir eine Durchschnittsspende von 5 Euro pro Person, obwohl es sich um keine reichen Leute in unserer Gemeinde handelt. Wir haben natürlich auch Gottesdienste zum Thema Flüchtlinge oder zum Ukraine-Krieg gehalten und da waren auch die Kollekten sehr groß, weil die Leute helfen wollen.

Letztens haben wir beispielsweise auch eine Aktion veranstaltet, bei der wir Wachs

für die Ukraine gesammelt haben. Insgesamt haben wir ca. 5000 Kilogramm zusammenbekommen und wussten am Ende gar nicht, wo wir das Wachs bis zum Weitertransport lagern sollten. Solche Möglichkeiten anderen zu helfen, suchen die Menschen und das unterstützen und fördern wir auch, wenn möglich. Ich glaube schon, dass unsere Gemeinde eine ganz besondere Sensibilität für Umwelt und Gerechtigkeit hat, vielleicht mehr als die meisten anderen Menschen.

Welche Bedeutung kommt insbesondere dem freiwilligen Engagement in der Gemeindearbeit zu und wie ist das freiwillige Engagement in Ihrer Gemeinde strukturiert?

Wir als evangelische Kirche leben natürlich vom freiwilligen Engagement und

andere tragen dreimal im Jahr den Gemeindebrief in die Häuser. Alle unsere ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden geschult und es werden im Rahmen des neuen Schutzkonzepts gegen sexualisierte Gewalt, das sich jede Gemeinde der rheinischen evangelischen Kirche geben musste, erweiterte Führungszeugnisse angefordert. Das ist jetzt auch ein wichtiger Bestandteil des Ehrenamts.

Haben Sie in den letztem Jahren Veränderungen im freiwilligen Engagement festgestellt – beispielsweise während der Corona-Pandemie?

Wir haben eigentlich keine Mitarbeitenden über die Pandemie verloren. Beim Gottesdienst sieht es anders aus: Vor der Pandemie hatten wir einen durchschnittlichen Gottesdienstbesuch von 200 Menschen

jeden Sonntag, da müssen wir natürlich erstmal wieder

hinkommen, aber wir arbeiten daran. Was das Ehrenamt angeht, habe ich festgestellt, dass sich das Ehrenamt mehr auf

Projekte verlagert und weniger auf wöchentliches Engagement.

Auch die wöchentlichen Gruppen werden immer weniger.

Die Bibelwoche habe ich früher zum Beispiel mit jungen Müttern, die in Elternzeit waren, gemacht. Sie waren zu Hause und hatten große Lust etwas für ihre Kinder zu organisieren. Das funktioniert nun überhaupt nicht mehr. Heute sind die Mütter wieder schnell berufstätig und ich veranlasse die Bibelwoche mit den Älteren, durchaus sogar im Seniorenalter, die großen Spaß daran haben, etwas mit den Kindern zu machen und die Kinder nehmen das auch sehr gut an.

Ute Sawatzki

ist seit 1993 Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Trinitatis des Kirchenkreises Duisburg. Seit der Fusion der Gemeinden Wedau und Bissingheim im Jahr 2005 ist Ute Sawatzki als Pfarrerin für beide Gemeinden zuständig. Seit 2022 hat sie zudem eine Pfarrstelle im BETHESDA Krankenhaus inne.



von den Aktionen der Laien. Bei uns ist es so, dass kein Leitungsgremium mehrheitlich mit Theologen besetzt sein darf, sondern jedes Gremium – sei es das Presbyterium oder die Kreissynode auf Stadtebene – muss mehr Laien als Theolog:innen enthalten. Die evangelische Kirche ist von Grund auf eine demokratische Kirche – besonders im Rheinland. Ehrenamtler sind für sie lebensnotwendig. Wir könnten keine Kirche ohne sie sein. Zurzeit zählen wir ca. 450 Ehrenamtliche in unserer Gemeinde, die knapp 6.000 Gemeindemitglieder hat. Davon sind manche in vielen Bereichen engagiert,

Die Ehrenamtlichen sind vom Alter ungleich verteilt. Im Jugendzentrum gibt es ein großes Team an jungen Menschen, die sich dort engagieren. Tatsächlich ist es die mittlere Generation, die wir nur schwer für uns gewinnen können. Sie sind in einer Phase, in der sie beruflich besonders beansprucht werden, bekommen Kinder oder bauen ein Haus. Da bleibt kein Raum für Ehrenamt. Ich glaube aber, das ist ganz normal. Wir haben sehr viele Ehrenamtliche, die schon in Rente sind und noch jede Menge Power haben und auf die stützen wir uns.

Wie wichtig das Ehrenamt für die Gemeinde und die Gesellschaft ist, wissen eigentlich alle. Wir haben viele Jahre daran gearbeitet und stetig darüber nachgedacht, wie wir das freiwillige Engagement fördern können und wie wir die Ehrenamtlichen halten können. Es ist eine ständige Arbeit. Beispielsweise treffen wir uns einmal im Jahr zu einem großen Fest für die Mitarbeitenden.

Viele der traditionellen Institutionen haben mit einem starken Mitgliederschwund zu kämpfen, auch die Kirchenaustritte nehmen zu. Wie entwickeln sich die Mitgliederzahlen in Ihrer Gemeinde?

Wir haben jetzt nach der Corona-Zeit wieder sehr viele Taufen. Aber es sind in der Regel natürlich immer mehr Beerdigungen oder Sterbefälle als Taufen. Ich denke, dass das in jeder Großstadt so ist. Unsere Mitgliederzahlen sinken – eigentlich schon immer, seit wir das hier machen. Das liegt aber meiner Meinung nach auch an der demografischen Entwicklung insgesamt und der Veränderung der Städte. Mal ein Beispiel: Es gibt hier eine Siedlung, die nach dem

Krieg gebaut worden ist mit recht kleinen Wohnungen, in denen früher eine Familie mit vier Kindern und Oma und Opa wohnten. Heute wohnt dort noch ein alleinstehender Rentner und da ziehen auch keine Familien mehr hin, weil die Wohnungen zu klein sind.

„Letztes Jahr haben wir 2,6 Prozent der Mitglieder verloren und hatten tatsächlich die meisten Austritte, die wir jemals hatten.“

Natürlich haben wir aber auch Kirchenaustritte, im letzten Jahr auch vermehrt. Vor der Krise der katholischen Kirche haben wir in unserer Gemeinde im Jahr etwa 1 Prozent der Gemeindemitglieder verloren: Davon war nur ein Bruchteil Austritte, der Rest war eben aufgrund der demografischen Entwicklung, Wegzug und so weiter. Letztes Jahr haben wir 2,6 Prozent der Mitglieder verloren und hatten tatsächlich die meisten Austritte, die wir jemals hatten. Bei den Rückmeldungen zu den Gründen des Austritts wird neben dem finanziellen Aspekt der Kirchensteuer immer wieder die Nähe zur katholischen Kirche angegeben.

Beeinflusst das Ihre Arbeit? Was tun Sie dagegen?

Im März 2023 haben wir zum Beispiel einen großen Artikel in der Presse veröffentlicht, in dem wir unser Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt vorgestellt haben und gesagt haben, wie wir daran arbeiten. Auch in der evangelischen Kirche gibt es solche Fälle wie in der katholischen Kirche, aber diese arbeiten wir auf. Wir versuchen uns positiv darzustellen, aber nicht, indem wir die anderen runtermachen. Aktive Mitgliederwerbung machen wir nicht.

Bei den Taufen sind wir dagegen sehr offensiv. Wir gratulieren im Kirchenkreis zu jeder Geburt eines Kindes und laden dabei aktiv zur Taufe ein.

Was sehen Sie über die angesprochenen Punkte hinaus noch als weitere Herausforderung für die Kirche in der heutigen Zeit? Gibt es hier auch ruhrgebietsspezifische Herausforderungen?

Im Ruhrgebiet sind es die sozialen Probleme, die ich anfangs bereits erwähnt habe, die natürlich auch für Duisburg sehr spezifisch sind. Grundsätzlich glaube ich aber, dass es in allen städtischen Ballungsräumen ähnlich ist wie im Ruhrgebiet. Ich glaube, die großen Herausforderungen für uns sind, dass wir zum einen viel offensiver darstellen müssen, was wir als Kirche tun und wie wichtig das auch für die Gesellschaft ist. Und zum anderen müssen wir meiner Meinung nach unsere Gottesdienste vollkommen anders aufstellen. Ich glaube, dass der Gottesdienst nicht überholt ist, wenn er attraktiv gestaltet wird. Wenn man sich von den festen Formen löst und viel mit Lichtern, Stimmungen und moderner Musik und Liedern macht, dann kommen die Leute auch aus allen möglichen Stadtteilen.

Welche verbindende Perspektive kann der Glaube für die Gesellschaft aufzeigen – gerade in einer Gesellschaft, die immer differenzierter wird und vom Individualismus geprägt ist?

Das finde ich schwierig. Ich könnte jetzt sagen, was ich glaube, was der Glaube für den Einzelnen bedeutet. Wir haben in den letzten Jahren sehr intensiv über die Generation, die jetzt oder in der Corona-Zeit konfirmiert wurde, nachgedacht. Die Kinder und Jugendlichen haben etwas erlebt, was meine Generation eigentlich nie erlebt hat: Dass man Dinge plant und sich auf etwas freut, die dann auf einmal komplett

ausfallen. Schulabschlussferien, Abibälle und alles Mögliche, was im jungen Leben sehr wichtig ist, konnten nicht stattfinden. Auch die Konfirmationen, die durchgeführt wurden, waren alle irgendwie nur „Hilfsgeschichten“. Dann kommt dazu die Klimakrise, der Ukraine-Krieg und es brechen plötzlich die Sicherheiten weg, die man eigentlich immer hatte. Das ist eine Generation, die ihr Vertrauen ins Leben verlieren

„Ich glaube, dass die Kirchen eine große Verantwortung haben, gegen diese Spaltungen und für die Demokratie und für Gerechtigkeit zu kämpfen.“

könnte. Wir haben mit den Konfirmandinnen und Konfirmanden Gottesdienste gestaltet und da hat man gemerkt, mit welcher extremen Ernsthaftigkeit jeder über Fragen des Glaubens geredet hat. In einer Zeit, wo

Sicherheiten wegbrechen, in der diese Vereinzelung und Individualisierung zunimmt und auch Familien immer mehr auseinanderbrechen, da kann der Glaube schon sehr wichtig sein. Der Glaube, „da ist einer, der führt und trägt euch“ und es gibt Leute, die diesen Glauben leben und wo man dazugehören kann.

Sehen Sie auch eine gewisse Verantwortung der „Volkskirchen“ für die Gesellschaft über den Glauben hinweg?

Ich würde das gar nicht am Begriff „Volkskirche“ festmachen, die Volkskirche wird wahrscheinlich Vergangenheit sein und bleiben. Aber auch eine Minderheitenkirche kann Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen und ja, die hat sie auch auf jeden Fall. Es waren die Kirchen und es waren die Kirchentage, die gegen Apartheid demonstriert haben, die erstmals den Umweltschutz-Gedanken in die Gesellschaft getragen haben und die für Frieden demonstriert haben. Die rheinische Kirche hatte Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer und stellt sich aktiv gegen Rassismus. Wir haben viele junge Menschen, die sehr großen

Wert darauflegen, dass in keinem Kirchenlied mehr das Wort Rasse vorkommen darf. Und wir haben auch eine queere Gruppe in der Gemeinde, die sich sehr für Gleichberechtigung einsetzt. Ja, diese Verantwortung ist enorm und das versuchen wir auch in der Stadt so deutlich zu machen. Gerade in der Flüchtlingskrise und auch während des Ukraine-Krieges hat die Kirche eine sehr wichtige Rolle übernommen. Wir hatten in Duisburg vorübergehend eine große Flüchtlingsunterkunft in Turnhallen und da waren die kirchlichen Gruppen sehr aktiv und haben wahnsinnig viel geholfen.

Welche Rolle spielt die Kirche als integrierende Institution Ihrer Meinung nach auch in Zukunft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Ich möchte nicht, dass unser Land eine Gesellschaft wird, die so auseinanderbricht, wie es in den USA aktuell passiert. Oder leider auch in Israel, einem Land, mit dem ich sehr verbunden bin. Ich glaube, dass die Kirchen eine große Verantwortung haben, gegen diese Spaltungen und für die Demokratie und für Gerechtigkeit zu kämpfen. Es gibt ja ein großes Programm der Kirchen für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Das umfasst im Grunde alles und das gilt innerhalb der Gemeinde, aber natürlich auch weit darüber hinaus, dass Kirchen genau dafür eintreten, für Gerechtigkeit, für die Schwachen. Die Spaltungstendenzen scheinen in allen Gesellschaften stärker zu werden; bei uns geht es verhältnismäßig noch, finde ich. Aber damit das so bleibt, würde ich die Kirchen sehr in die Verantwortung nehmen.



„Sport for All – Sport für Alle“

Die Bedeutung des Sports für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Interview mit Dr. Eva Selic

Seit Anfang 2020 sind Sie Vizepräsidentin Breitensport des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen. Was zeichnet Ihrer Meinung nach den Vereins- und Breitensport als bindendes Glied zwischen den Menschen aus?

Vereine sind für mich der Ort der Sozialisation. Wenn ich Menschen integrieren, aufnehmen und mitnehmen möchte, dann machen das die Vereine auf einem ganz einfachen und banalen Weg – nämlich über den Sport. Die Stärke der Vereine ist ja nicht nur der Sport allein, der Verein ist meistens auch ein Bestandteil des Lebens. Hinzu kommt, dass man in Deutschland unglaublich niedrige Vereinsbeiträge zahlt. Es ist eine leistbare gesellschaftliche Betätigung. Das ist dieses rundum-gesamt-und-sorglos Paket, was ganz viele an Sportvereinen schätzen. Im Landessportbund Nordrhein-Westfalen sind ca. 5 Millionen Menschen organisiert und das sind zum Großteil Breitensportler. Es ist die größte Personenvereinigung, die wir in unserer Gesellschaft haben. Und wenn wir die Sportvereine ver-

lieren, dann werden wir eine starke Stütze in diesem Land verlieren.

Welche Rolle spielt der Sport konkret für die Förderung von Teilhabe und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts?

Der Zweck eines Sportvereins ist es, Sport zu treiben. Und eben weil man sich auf den Sport fokussiert, wird alles andere mit geleistet. Dadurch eröffnet sich auch die ganze Bandbreite an gesellschaftsstärkenden Aufgaben und Funktionen, die die Politik gerne in die Sportvereine trägt. Das ist aber auch der Punkt, an dem ich sage: Bitte überfordert die Sportvereine nicht. Uns ist es egal, woher jemand kommt, und meistens brauchen wir nicht einmal die Sprache, um zu kommunizieren, weil wir es irgendwie über unseren Sport hinbekommen. Wir haben sie alle dabei, von klein auf bis in das hohe Alter. Natürlich kann man das nicht verallgemeinern, man muss dabei zwischen den Sportarten unterscheiden. Es gibt Sportarten, die sind schwierig bis ins hohe Alter zu gestalten: Bei körperbetonten Sportarten – wie zum Beispiel dem Eissport oder dem Handball – gibt es irgendwann physische



Li-
mits.
Aber
alles,
was bei-
spielsweise
mit Wasser zu
tun hat, können
Sie eigentlich das
ganze Leben lang ma-
chen. Nichtsdestotrotz
brauchen wir auch die älte-
ren Vereinsmitglieder. Einerseits, um
den Verein zu unterstützen und mitzufinan-
zieren und andererseits, weil sie einfach
dazu gehören.

**Welche Bedeutung fällt in diesem
Zusammenhang dem freiwilligen En-
gagement zu? Und was bedeutet das
Ehrenamt grundsätzlich für den Brei-
tensport in Deutschland?**

Der organisierte Sport, so
wird der Breitensport häufig
bezeichnet, ist ehrenamtlich
organisiert und strukturiert.
Wir haben Fachsportverbände
und in den Kommunen sowohl
Kreis- oder Stadtsportbünde,
die den ganzen ehrenamtlichen
Sport zusammen organisieren.
Wenn wir das Ehrenamt aus
dem organisierten Sport her-
ausnehmen, dann gibt es ihn
nicht mehr. Fast jeder Vorstand
eines Sportvereins arbeitet mo-
mentan ehrenamtlich, ebenso
viele Trainerinnen und Trainer.
Sollte das wegfallen, sind wir im
Bereich des bezahlten Sports mit
bezahlten Trainerinnen und Trai-
nern. Und dann sind wir auch gleich-
zeitig bei professionellen Fitnessstudios
mit der dementsprechenden Anonymität.
Das bedeutet, dass es ohne Ehrenamtliche
dieses besondere Wesen des organisierten
Vereinsportes in Deutschland nicht mehr
geben würde.

Abgesehen von der Zeit während der
Corona-Pandemie, als sich die Regierung
in die Autonomie der Sportvereine einge-
mischt hat, ist ein Sportverein zudem au-
tark und autonom. Diese Struktur findet
sich in Deutschland nur im Vereinsrecht
und weltweit ist sie einzigartig. Die Vereine
haben eine Satzung, an die sie sich halten
müssen und wenn der Sportverein finanziell
gut aufgestellt ist, dann braucht er keine
Hilfe von außen. Das funktioniert allerdings
nicht, wenn es um das Thema Leistungs-
sport geht.

**Ist ein Wandel in den ehrenamt-
lichen Strukturen der Sportvereine in
den letzten Jahren zu erkennen?**

Ja, die Struktur ändert sich. Der Wan-
del, den ich beobachte, lässt sich an zwei
Problemen deutlich machen: der Mangel

an Trainerinnen und Trainern sowie der Mangel an nachfolgenden Personen in den Vorständen.

Helferinnen und Helfer für einzelne Projekte und Aufgaben im Verein, wie beispielsweise zur Unterstützung beim Aufbau und zur Durchführung eines Turniers oder zum einfachen Kuchen backen, finden Sie grundsätzlich ohne Ende. Das Problem ist vielmehr, dass es immer weniger Menschen gibt, die bereit sind, im Ehrenamt eine Führungsverantwortung zu übernehmen. Wenn sich jedoch keine Leute für den Vorstand finden lassen, dann ist der Verein tot. Denn für jeden Verein ist es verpflichtend, einen beim Amtsgericht eingetragenen Vorstand zu besitzen, der haftet.

Zum anderen wird es auch immer schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind, sich unentgeltlich oder für einen Mindestlohn beispielsweise an den Beckenrand zu stellen. Damit der Sport und ein Verein funktionieren, brauchen wir aber die Sportstätten, die Zeiten und vor allem die Trainerinnen und Trainer. Das ist die Grundvoraussetzung. Ich glaube, dass wir langfristig diese „low cost“-Struktur in den Vereinen ändern müssen. Das heißt, es muss konkrete Tarifverträge für Trainerinnen und Trainer geben. Wir haben nicht mehr so viele jüngere Menschen, die sich dazu entscheiden, einen Trainerschein zu machen. Finden Sie mal einen Studierenden, der sagt: ‚Hey, ich habe eine C-Trainer Lizenz, ich stell mich jetzt hier unentgeltlich hin und mache Übungsstunden‘. Der hat selbst kaum Geld, wie soll er sich das leisten? Da wäre es natürlich genial, wenn der Minijob im Verein wäre. Also ich glaube, es mangelt nicht grundsätzlich an Menschen, die sich engagieren. Aber die Menschen, die Zeit haben, werden zunehmend älter und es fehlt an Nachwuchs.

Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie für die Sportvereine?

Die Zeit, in der die Vereine zumachen mussten, hat natürlich Ängste ausgelöst. Wenn so ein Verein zumachen muss, verliert er sein Kerngeschäft. Aber im Nachhinein erleben die meisten Vereine zurzeit

„Wenn wir das Ehrenamt aus dem organisierten Sport herausnehmen, dann gibt es ihn nicht mehr.“

einen unglaublichen Zulauf. Und die Mitglieder sind den Vereinen größtenteils treu geblieben. Das heißt, sie haben ihre Vereinsbeiträge wei-

terbezahlt, ohne eine Leistung zu bekommen. Dadurch konnten sich viele Vereine ein kleines finanzielles Polster schaffen. Leider fehlt es eher an Trainerinnen und Trainern. Ein Teil der Leute hat während der Corona-Zeit ihr Ehrenamt niedergelegt. Und dann stehen die Vereine vor dem Problem, dass es zwar einen Zulauf an Mitgliedern gibt, aber die Strukturen dies auch leisten können müssen.

Auf der anderen Seite, was natürlich positiv ist, haben sich die Vereine digitalisiert. Der Sprung, den man sowieso schon vor Jahren hätte machen müssen, ist durch Corona mit einer derartigen Gewalt geschehen. Die Hälfte der Sitzungen machen wir beim Landessportbund beispielsweise per Zoom. Wir fahren nicht mehr aus ganz Nordrhein-Westfalen zu einer Vorstandssitzung. Es ist nachhaltig, wir schützen die Umwelt, wir sparen Kilometer, wir sparen Zeit und dadurch ist das Ehrenamt dann auch wieder ein Stück weit umsetzbarer geworden. Im Endeffekt haben wir durch Corona wirklich gewonnen.

Den fehlenden Nachwuchs haben Sie bereits an mehreren Stellen angesprochen. Wie muss die Nachwuchsarbeit gestaltet werden beziehungsweise wie kann sie besser gefördert werden?

Junge Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, müssen irgendeinen Benefit haben. Benefit heißt hierbei für mich nicht nur Geld, sondern beispielsweise auch gesellschaftliche Anerkennung. Es gibt zwar bereits einen Ehrenamtsnachweis, aber welche Wertigkeit hat der bei einem Arbeitgeber? Wie wirkt sich eine ehrenamtliche Tätigkeit auf den Lebenslauf aus? Das ist immer ein zweischneidiges Schwert. Zudem gibt es in Deutschland schon lange die Diskussion über die Anerkennung von Rentenpunkten für ehrenamtliches Engagement. Das wäre eine handfeste Anerkennung, die das Ehrenamt vollständig stützen würde. Ich weiß nicht, wie man das dann in der Praxis umsetzen und jeweils bewerten will. Das ist für mich aber auch die Aufgabe der Politiker und Politikerinnen. Grundsätzlich ist es wichtig, sich immer wieder zu überlegen, wie Nachwuchs reingeholt werden kann. Im Tauchsportverband in NRW machen wir das gerade aktiv mit Stipendien. Seit acht Jahren fördern wir junge Auszubildende unter 27 Jahren in ihrer Ausbildung und haben inzwischen einen Stamm an 75 jungen Menschen. Der Weg über die Ausbildungsschiene hilft dabei, die organisierten Strukturen im Sport zu verstehen.



den beispielsweise Trainer-C Schwimmen, Trainerin-C Sporttauchen und so weiter. Diese Ausbildungen finden dann durch die Fachsportverbände statt. Das Problem hierbei ist, dass es dafür in Nordrhein-Westfalen keinen Bildungsurlaub gibt. Das heißt, wenn Sie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin sind, dann müssen Sie sich dafür Urlaub nehmen. Eine Trainer-C Ausbildung dauert entweder eine ganze Woche oder mehrere Wochenenden. Das heißt, wir müssen Menschen finden die – inklusive eines Basismoduls und eines Erste-Hilfe-Kurses – mindestens acht Wochenenden oder eben etwa eine Woche Zeit aufbringen können und wollen. Doch wenn Sie dafür keinen

Dr. Eva Selic

ist Vizepräsidentin des Bereichs Breitensport des Landessportbunds NRW. Zudem ist sie Präsidentin im Tauchsportverband NRW e. V., stellvertretende Vorsitzende im Mühlheimer Sportbund e. V. und Mitglied bei der Landesanstalt für Medien NRW im Bereich der Medienkommission.

Foto: Privat

Was sind denn Ihrer Meinung nach die größten Hindernisse oder Probleme in der Ausbildung von Trainerinnen und Trainern?

Da kommt Mehreres zusammen. Es gibt den Übungsleiter im Breitensport, der wird über den Landessportbund qualifiziert. Dann sind Sie allgemein ausgebildet und können Menschen in Bewegung bringen. Aber jede Sportart hat darüber hinaus ihre fachspezifische Ausbildung: Sie wer-

Bildungsurlaub bekommen, dann fällt es unglaublich schwer, die Leute zu motivieren. In anderen Bundesländern erhält man im Übrigen dafür Bildungsurlaub. Und das ist natürlich eine Krux in unserer Qualität.

Die Einführung von Bildungsurlaub für Übungsleiterlehrgänge oder von Rentenpunkten für das Ehrenamt wären Aufgaben für die Politik. Wie bewerten Sie denn generell die aktuelle Unterstützung, Wertschätzung und Förderung des Vereinssports durch die Kommunal- und Landespolitik?

Wir hatten in den letzten Jahren natürlich akutere Probleme als beispielsweise die angesprochenen Rentenpunkte für das Ehrenamt. Grundsätzlich muss man erstmal

zwischen der Kommunal- und der Landespolitik unterscheiden. In den Kommunen ist der Sport bzw. die Sportförderung keine vom Bund oder den Bundesländern per Gesetz vorgeschriebene Pflichtaufgabe, sondern fällt unter die freiwilligen Leistungen. Das heißt, die Sportförderung in den Kommunen ist in der Praxis so unterschiedlich, wie es die Kommunen selbst sind. Wenn Sie eine Kommune im Nothaushalt haben, dann wird der Betrag für den Sport und für die Erhaltung der Sportstätten minimal sein. Das gleiche Problem hat die Kultur, was zur Folge hat, dass Kultur und Sport sich um die wenigen freien Mittel streiten, die eine Kommune noch hat. Es gibt einerseits Kommunen, die schließen mit ihren Sportbünden, in denen die Vereine organisiert sind, Vereinbarungen für die nächsten Jahre und so weiß der organisierte Sport vor Ort genau, welche Mittel ihm innerhalb der nächsten Wahlperiode zur Verfügung stehen. Und es gibt Kommunen, da existieren solche Vereinbarungen nicht. Das heißt, jedes Jahr stehen die Sportbünde z.B. im Sportausschuss und müssen politisch arbeiten, damit es eine Summe X gibt, mit der man den Sport organisieren kann.

Auf Landesebene läuft das in Nordrhein-Westfalen schon seit langem sehr gut. Natürlich setzt die Politik mit der Übertragung gewisser Gelder auch Erwartungen und gewisse Aufgaben in den Sport. Dafür gibt es eine Zielvereinbarung, die die Förderung regelt: Im Endeffekt versprechen wir der Landesregierung, dass wir die Themen aufnehmen, die die Landesregierung gerne im Sport sieht. Und im Gegenzug bekommen wir natürlich eine Summe X, weil wir die dann auch dazu nutzen, dass diese Aufgaben erfüllt werden. Auf der Landesebene finde ich die Zusammenarbeit demnach gut. In der Kommune ist es abhängig davon, wel-

chen Stellenwert der Sport in den einzelnen Kommunen hat.

Im Rahmen Ihrer Funktion engagieren Sie sich auch schon lange für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen. Nicht mal 10 Prozent der Führungspositionen im Sport sind von Frauen besetzt. Sie zählen zu den Wenigen. Wie kann die Teilhabe von Frauen und Mädchen sowohl im Sport als auch in den Führungspositionen konkret gefördert und die Gleichstellung vorangetrieben werden?

Die Förderung der Gleichstellung verfolgen wir als Landessportbund schon seit 20 Jahren. Das heißt, die Tools und Maßnahmen zur Förderung, die sind alle da. Wir

sind in diesem Bereich unglaublich weit. Man muss das nur noch weiter unterbrechen auf Vereinsebene. Dazu zählt beispielsweise auch das Thema sexualisierter Gewalt:

Hier verlangen wir bis Ende 2024 von allen Mitgliedsorganisationen Schutzkonzepte, ohne die es keine Fördermittel mehr gibt.

Was die Wahl einer Sportart anbelangt, haben Frauen und Mädchen ja inzwischen eine völlige Freiheit. Es gibt kaum noch eine Sportart, die sie nicht als Frau ausüben dürfen; da befinden sich Männer und Frauen auf gleicher Ebene. Und eben weil Frauen das Recht haben, sich ihre Sportart frei auszusuchen, muss auch nicht jede Sportart 50 oder 60 Prozent Frauenanteil bedienen. Was aber nach wie vor gruselig ist, ist die Tatsache, dass wir, wie Sie richtig festgestellt haben, auf der Führungsebene immer noch bei diesen lächerlichen 10 bis 11 Prozent liegen. Daran arbeiten wir seit Jahren und versuchen Frauen gezielt in Führungspositionen zu holen. Inzwischen erleben wir, dass Sportarten zu uns kommen und sagen:

Was muss ich tun, damit ich mehr Frauen in die Führungsriege bekomme? Frauen kandidieren viel seltener von sich aus, als Männer dies tun. Ich glaube, Frauen müssen aktiv gefragt werden. Dafür braucht es einen Beschluss im Vorstand und eine Person im Vorstand, die sagt, ich nehme das in die Hand und kümmere mich. Sie brauchen die aktive und personalisierte Ansprache. Aktive Frauenförderung ist das A und O.

Wie bewerten Sie die Unterschiede in der Gleichstellung von Frauen und Männern im Leistungs- und Profisport?

Dass die Fußball-Europameisterschaft der Frauen 2022 so dermaßen super gelaufen ist, basiert auf der Tatsache, dass die Sportlerinnen Zeit hatten, so zu trainieren wie die Männer. Aber dafür ist es absolut unabdingbar, dass sie sich nicht überlegen müssen, wie sie ihr Geld verdienen. Letzten Endes bedeutet das, dass Frauen im Leistungssport genauso honoriert werden müssen wie Männer. Und meiner Meinung nach geht das nur über eine Verpflichtung der Verbände. Und das müssen sich die Frauen erkämpfen: Keiner wird freiwillig im Profisport mehr zahlen, wenn nicht irgendwann der gesellschaftliche und öffentliche Druck dahintersteht. Am Ende sind wir hier in einem Bereich, wo die Gelder über Werbeeinnahmen finanziert werden. Und wenn dieses Werbepotenzial bei Frauen, so wie bei der Europameisterschaft der Frauen letztes Jahr, auch gesehen wird, dann ist auch das Geld da. Wir brauchen eine gesicherte Finanzierung von Spitzenathleten und Spitzenathletinnen. Und da muss am Ende des Tages auch der Staat unterstützen. Dafür muss entweder politisch oder gesellschaftlich Druck aufgebaut werden. Von allein passiert da nichts, wir leben in einer freien Wirtschaft. Wer gibt denn freiwillig mehr Geld? Aber in dem Moment, wo sie gleich bezahlt werden, werden wir auch die gleichen Leistungen sehen.

Sportvereine

Zahlen, Daten, Fakten

Der Landesportbund NRW

Mitglieder gesamt: 5.101.363



Frauen: 1.908.797



Männer: 3.192.566

Anzahl an Vereinen: 17.527

Sportehrenamt in NRW



1,4 Millionen freiwillige und ehrenamtliche Engagierte machen den Sport in NRW möglich.



Dabei leisten sie jährlich **56 Millionen Stunden** ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen.

Quelle: Landessportbund Nordrhein-Westfalen (2023): Auswertung. <https://www.lsb-nrw-service.de/bsd/auswertung> [24.05.2023].

Quelle: Landessportbund Nordrhein-Westfalen (2023): Rund ums Ehrenamt. Das Zahlenwerk. <https://www.sportehrenamt.nrw/die-initiative/das-zahlenwerk> [24.05.2023].

Welche Rolle spielen in diesem Kontext die Medien?

Die Medien sind für mich ein Teil des Problems. Man muss sich bewusst machen, welchen Einfluss die Medien haben; heutzutage ist alles medial ausgerichtet. Wie ein Sport dargestellt wird oder über

ihn berichtet wird, hängt auch stark von den Medien ab. Ein Beispiel: Vor kurzem hat die Hockey-Nationalmannschaft der Männer die Weltmeisterschaft gewonnen. Ich glaube, dreiviertel der Nationalmannschaft kam aus NRW. Und ich habe mich nur gefragt: Wo hätte ich diese Spiele gucken können? Warum muss ich im Privatfernsehen auch noch bezahlen, wenn ich öffentliche Sportveranstaltungen gucken möchte, die von meinen Steuergeldern bezahlt werden? Der „Kampf“ um die Berichterstattung fängt schon auf kommunaler Ebene an, wo die Sportvereine händelnd darum betteln, neben einem Unterliga-Fußballspiel in irgendeinem Bezirk einer Kommune mal medial erwähnt zu werden. Dort steht und fällt die Berichterstattung mit dem Journalisten oder der Journalistin, der oder die für den Sportteil verantwortlich ist. Hier könnten die Medien viel tun, um diesen Zustand zu ändern.

Wie politisch darf oder muss der Sport heutzutage sein? Hat er eine bestimmte politische und auch moralische Verpflichtung?

Zwischen der politischen und der moralischen Verpflichtung muss man unterscheiden. Ja, die moralische Verpflichtung, die Grundwerte unserer Gesellschaft zu leben, muss man bis auf die Vereinsebene runterbrechen. Das heißt: Schutz von Kindern und Jugendlichen, gegen Rassismus jeglicher Ausprägung, Prävention sexualisierter Gewalt, Integration und Inklusion. Viele Sportarten haben auch beispielsweise extra Ausbildungen für den Umgang mit Menschen mit bestimmten Einschränkungen. Das sind die moralischen Verpflichtungen. Wichtig ist aber, aufzupassen, dass man die Vereine auch nicht überfordert. Der Zweck eines Sportvereins ist nicht die Integration

von Flüchtlingen oder die Inklusion von Behinderten, sondern das Sporttreiben.

Was die politische Verpflichtung des Sports angeht, ist es schwieriger. Ich finde, wir können nicht sagen, wir wollen Menschenrechte leben und dann Großveranstaltungen in Länder geben, wo diese nicht gelebt werden. Welche Botschaft vermitteln wir damit

unseren Jugendlichen und jungen Menschen? In dem Moment, in dem Politikerinnen und Politiker Veranstaltungen nutzen, um sich zu präsentieren, wird das auch zu einer politischen Veranstaltung. Denn warum sonst richtet ein Land eine sportliche Großveranstaltung wie eine Weltmeisterschaft, die Olympischen Spiele oder die paralympischen Spiele aus? Das ist am Ende des Tages nicht eine Entscheidung des Volkes, sondern eine Entscheidung der Politik. Und ein Großteil wird es nutzen, um das eigene Land damit zu repräsentieren. Es wird allerdings schwierig, wenn sich das bis zu den Sportlerinnen und Sportlern runterbricht. Für mich hat jeder Athlet und jede Athletin, die ihren Sport treiben wollen, das gleiche Recht, an einer Sportveranstaltung teilzunehmen. Mit Boykotten oder Ähnlichem bestrafe ich nicht die Politikerinnen und Politiker, ich bestrafe die Athletinnen und Athleten. Und wenn man dann noch anfängt, das politische Weltgeschehen bis in die Vereine herunterzubrechen, dann wird es einfach unglaublich schwierig.

Im Englischen wird der Breitensport als „Sport for all“ bezeichnet. Und ich finde dieses „Sport für alle“, das ist doch die ganz wichtige Botschaft. Und das ist das, was die Vereine leisten. Da darf am Ende des Tages das Weltgeschehen und die Politik keine Rolle spielen, weil wenn nicht im Sportverein, wo wollen wir dann wieder eine Annäherung zwischen Ländern haben, die sonst im Krieg sind.



Trinkhallenkultur im Ruhrgebiet

Interview mit
Leonie Kowalski & Sebastian Eck

Im Jahr 2021 wurde die Trinkhallenkultur im Ruhrgebiet zum immateriellen Kulturerbe erklärt. Welche Geschichte und Entwicklung verbirgt sich hinter den Trinkhallen? Welche Bedeutung hat das Kulturgut für die Region?

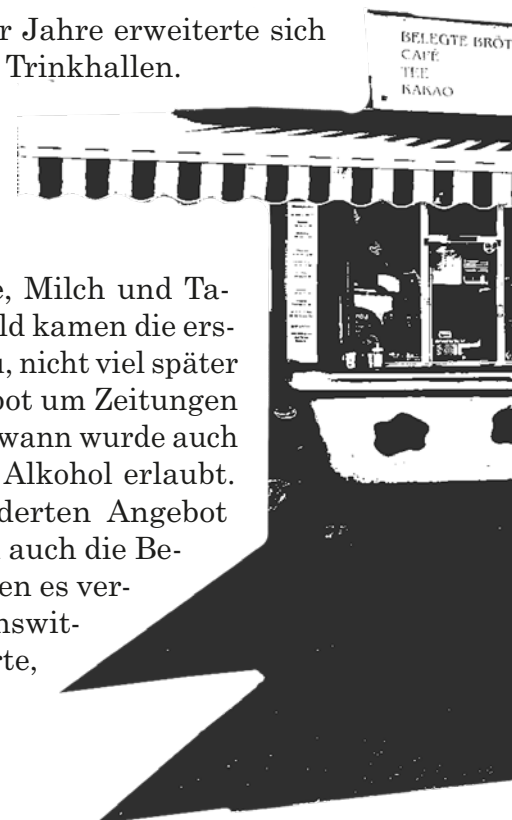
Die Trinkhalle gehört zum Ruhrgebiet wie der Käse auf die Stulle, oder – frei nach Lorient – ein Leben ohne Trinkhalle ist möglich, aber sinnlos.

Die ersten Trinkhallen gab es in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihr damaliger Zweck ist heute allerdings in Vergessenheit geraten: Sie wurden von Mineralwasseranbietern in Industriestädten errichtet, um die Volksgesundheit zu heben (Leitungswasser war damals ungenießbar!). Trunksucht unter den Arbeitern der großen Fabriken war der bürgerlichen Gesellschaft ein Dorn im Auge und galt als Bedrohung für Ordnung und Moral. Dabei war es damals durchaus üblich, den Durst während der Arbeit mit Bier und Branntwein zu löschen. Manch ein Arbeitgeber zahlte gar einen Teil des Lohnes in Alkohol aus. So wundert es

nicht, dass die Städte und Gemeinden günstige Flächen für den Bau von Trinkhallen zur Verfügung stellten. Der Gedanke, durch den Verkauf von „Heilwässern“ den kleinen Leuten das Gefühl einer „ambulanten Kur“ zu ermöglichen, findet sich vor allem in der Gestaltung der Trinkhallen wieder. Sie wurden den Pavillons des Adels nachempfunden mit offenen Seiten und vielen Verzierungen. 1859 entwarf Martin Gropius eine Form, die als Vorbild für Trinkhallen in Paris, Frankfurt, Hamburg und dem Ruhrgebiet diente.

Im Laufe der Jahre erweiterte sich das Angebot der Trinkhallen.

Um die Jahrhundertwende boten sie nicht nur Mineralwasser, sondern auch Tee, Kaffee, Milch und Tabakwaren an. Bald kamen die ersten Speisen hinzu, nicht viel später wurde das Angebot um Zeitungen erweitert. Irgendwann wurde auch der Verkauf von Alkohol erlaubt. Mit dem veränderten Angebot veränderten sich auch die Betreiber. Erst waren es vermehrt Bergmannswitwen oder Versehrte,



nach den Weltkriegen dann Kriegerwitwen und Hinterbliebene, die durch den Betrieb einer Trinkhalle zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitrugen.

Der Höhepunkt des Trinkhallenbooms nach dem Krieg war 1960 erreicht. Mit dem wachsenden Wohlstand der Bevölkerung, änderte sich noch einmal das Angebot. Neben Zeitschriften nahmen Zigaretten und Süßigkeiten einen Großteil ein. Bald danach begann der Niedergang – mit dem Rückzug der Schwerindustrie schlossen auch die Trinkhallen in der Nähe der Werke. Bis 1996 die Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes begann, waren die Trinkhallen allerdings der einzige Anlaufpunkt für alle, die nach 18.30 Uhr noch etwas besorgen wollten. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Trinkhalle den modernen Zeiten geöffnet. Trotz aller Konkurrenz durch Supermärkte und Tankstellen haben die Trinkhallen ihren Status bewahrt. Die besondere Geschichte und der nach wie vor große Stellenwert der Trinkhallen für die Bevölkerung war ausreichend Anlass, sie zu würdigen und das Jahr 2016 zum ersten Jahr der Trinkhallen zu machen.



Der Tag der Trinkhallen fand 2022 bereits zum dritten Mal statt. Wie genau ist die Veranstaltung aufgebaut? Welches Ziel verfolgen Sie mit dem Tag der Trinkhallen? Und wie wird der Tag von der Bevölkerung und den Budenbetreibenden aufgenommen?

Als Veranstalter vom Tag der Trinkhallen stehen wir jedes Mal vor einer großen Herausforderung in Sachen Planung, Organisation und Umsetzung. Das Event ist, auch wenn es über die gesamte Region hinweg stattfindet, recht kleinteilig aufgebaut. Zunächst einmal ist uns wichtig, dass wir allen Trinkhallen des Ruhrgebiets die Möglichkeit geben, beim Tag der Trinkhallen dabei zu sein. Dazu starten wir zum jeweiligen Jahresanfang sowohl umfangreiche Aufrufe über die Presse und Social Media, arbeiten aber auch mit Vertriebspartnern der Trinkhallen zusammen, die in der persönlichen Akquise vor Ort durch direkten Kontakt unterstützen. Mittlerweile haben wir ein größeres Netzwerk an Trinkhallen aufbauen können, daher werden letztlich auch von uns alle bisherigen Teilnehmer:innen nochmal per Mail und per Post angeschrieben. Die Bewerbungen werden dann bis zum Frühjahr gesammelt woraufhin wir gemeinsam mit einer Fachjury 50 sog. Programmtrinkhallen aussuchen. Kriterien sind dabei z. B. die Lage, Architektur, weitere Besonderheiten aber auch die infrastrukturellen Gegebenheiten. Sprich, ist eine Umsetzung vor Ort überhaupt möglich. Da wir immer tolle Bewerbungen bekommen, fällt die Auswahl jedes Mal schwer. Letztlich können wir uns allerdings „nur“ für 50 entscheiden, da diese ein von uns zusammengestelltes und organisiertes Programm bekommen. Alle anderen Trinkhallen nehmen selbstverständlich ebenfalls an der Veranstaltung teil, mit einem eigenen kleinen Programmbeitrag und werden in unsere Kommunikation mit aufgenommen (z. B. Verortung und Informationen auf unserer Webseite

tagdertrinkhallen.ruhr, Ausstattung mit Branding Materialien).

Anschließend geht es in die Programmgestaltung. Hierzu stellen wir ein Kuratoren Team zusammen, welches die verschiedenen Programmsparten bespielt (Musik, Kleinkunst, Film, Fußball und Gemischte Tüte – ein bunter Mix aus allem). Hierbei sind entsprechende Experten am Werk, die beruflich mit der jeweiligen Branche zu tun haben. Rein programmatisch haben wir hier eine spannende Zusammensetzung verschiedener Genre auch innerhalb der Programmsparten (u. a. DJ & Elektro, Weltmusik, Rock & Pop, Kabarett, Kleinkunst, Poetry Slam usw.). Nach Sammlung erster Ideen legen wir gemeinsam fest, welcher Kurator welche Buden bespielt, woraufhin dann das Künstler Booking anläuft. Das Event dauert von 15.00–22.00 Uhr und da wir die Spielzeiten in verschiedene Slots aufteilen, haben wir je nachdem so 200 – 250 Künstler:innen am Start.

Parallel zur Programmgestaltung und dem damit zu ermittelnden veranstaltungs-technischen Bedarf für 50 Buden, beginnen wir mit der infrastrukturellen Organisation. Für alle Trinkhallen werden bestimmte Genehmigungen benötigt, was eine intensive Abstimmung mit den jeweiligen Ordnungsbehörden der Städte bedeutet. An dieser Stelle muss man hervorheben, dass diese Zusammenarbeit immer sehr gut und äußerst kooperativ abläuft. Hierzu werden dann schon entsprechende Lagepläne inkl. Aufbauten benötigt, die dann in Rücksprache mit den Behörden abgestimmt werden. Das heißt wir müssen an dieser Stelle planen, was wir an Personal, Absperrungen, Sitzgelegenheiten, Beleuchtungen, Stromversorgungen, Toiletten, Auftrittsflächen, Wegen usw. vorsehen und zu welchen Zeiten der Auf- und Abbau erfolgt. All die genannten Gewerke werden, neben Sicherheits-

Helfer- und Sanitätspersonal, separat ausgeschrieben und beauftragt. Hinzu kommt die jeweilige Veranstaltungstechnik, die von Bude zu Bude und von Künstler zu Künstler variiert. An dieser Stelle sieht man, wie kleinteilig die Veranstaltung aufgebaut ist. Es ist eine Menge Detailplanung nötig, die dann im Großen Ganzen mündet. He-

Leonie Kowalski

betreut bei der Ruhr Tourismus GmbH das Event-Marketing für den Tag der Trinkhallen und die ExtraSchicht.



Foto: RTG

rausfordernd ist zudem, dass alle Gewerke am Veranstaltungstag auf- und nach Veranstaltungsende am Abend wieder abgebaut und abgeholt werden müssen. Andernfalls schießen die Leih- und Personalkosten extrem in die Höhe.

Am Tag selber sind neben Securities, Sanitätern, Auf- und Abbauhelfern zudem pro Trinkhalle je ein Veranstaltungsmanager vor Ort, der das lokale Geschehen im Blick hat und mit uns bzw. unserer unterstützenden Eventagentur im ständigen Austausch steht. Schließlich müssen wir die Abläufe an 50 Trinkhallen gleichzeitig im Blick haben und müssen in der Lage sein, bei Problemen schnell reagieren zu können.

Was den zweiten Teil der Frage betrifft, so können wir nur positives Feedback an dieser Stelle weitergeben. In jedem Veranstaltungsjahr führen wir eine Besucherbefragung durch, dabei waren es 2022 tatsächlich 100 Prozent der Befragten, die eine Wiederholung der Veranstaltung wünschen. Auch in den Sozialen Medien sind die Rückmeldungen toll. Was die Betreiber:innen der Trinkhallen betrifft, so decken sich die Aussagen prinzipiell. Für die meisten ist der Tag der Trinkhallen der umsatzstärkste Tag im gesamten Jahr, das hilft natürlich

ungemein und freut uns sehr. Aber auch die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten wird geschätzt. So haben wir eine Aussage eines Trinkhallenbetreibers aus dem Jahr 2016. Er meinte, „neben der Geburt meines Kindes war das der schönste Tag in meinem Leben.“ Das muss man selbstverständlich mit einem Schmunzeln zur Kenntnis nehmen, zeigt aber trotzdem auch die Begeisterung, die die Veranstaltung von Inhaberseite erfährt.

Als „Dorfplatz der Großstadt“ sind Trinkhallen niederschwellige Orte der Begegnung. Welche Zielgruppen werden dabei angesprochen? Würden Sie den Trinkhallen eine gesellschaftsstabilisierende Wirkung zuschreiben und inwiefern stärken Trinkhallen das nachbarschaftliche Miteinander?

Mit dem Tag der Trinkhallen sprechen wir im Prinzip zwei verschiedene Zielgruppen an. Zunächst einmal natürlich die Inhaber:innen mit denen wir gemeinsam die Veranstaltung auf die Beine stellen und die letztendlich auch im Mittelpunkt stehen sollen. Ihre doch auch sehr harte und oftmals rund um die Uhr dauernde Arbeit möchten wir wertschätzen. Dank ihnen gibt es ja nun mal auch noch Trinkhallen, auch wenn die Zahl in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist. Und dann sind da selbstverständlich die Besucher:innen. Das sind in erster Linie die Bewohner unserer Region. Etwas über 90 Prozent der Gäste kommen aus dem Ruhrgebiet, das unterstreicht die identitätsstiftende Wirkung, die diese Veranstaltung für die Region hat. Das Durchschnittsalter der Besucher:innen beträgt etwa 40 Jahre, wobei weit mehr als ein Drittel zwischen 30 und 39 Jahr alt ist. Damit können wir sagen, dass wir altersmäßig genau die Leute erreichen, die wir erreichen möchten.

Trinkhallen haben schon eine stabilisierende Wirkung. Die Trinkhalle wurde nach und nach zum Kleinstgeschäft für alle Dinge des täglichen Bedarfs und somit auch zum sozialen Treffpunkt in der Nachbarschaft. Hier traf man sich auf dem Weg zur Arbeit oder bei den kleinen Besorgungen und konnte sich zwanglos austauschen ohne sich verabreden zu müssen. Heute gibt es immerhin noch einige von ihnen und sie sind nach wie vor lebendiger Ausdruck der Industriekultur, haben einen hohen Stellenwert für die lokale Versorgung sowie eine soziale Funktion in der Nachbarschaft. Zudem begegnen sich an den Trinkhallen Menschen verschiedener Kulturen, Altersklassen aber auch unterschiedlicher Schichten. Steht man dann an der Bude, gibt seine Be-

Sebastian Eck

ist der Abteilungsleiter der Abteilung Event bei der Ruhr Tourismus GmbH. Ihm obliegt die Projektleitung für den Tag der Trinkhallen und die ExtraSchicht.



Foto: RTG

stellung auf und hält ein Pläuschken, dann sind jedwede Unterschiede überwunden und einfach irrelevant. Das sollten sie ohnehin sein, an diesen Orten ist es mitunter aber denkbar einfach und auch selbstverständlich.

Trinkhallen gelten als Spiegelbild der Gesellschaft sowie „sozialer Klebstoff“ über Alters-, Bildungs- und Kulturgrenzen hinweg. Wie gelingt es, einen sozialen Treffpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen? Was macht die Trinkhalle zu einem geeigneten Ort der Integration? Welche Herausforderungen gibt es und kommt es durch die Vielfalt zu Konflikten?

Diese Frage überschneidet sich ein wenig mit der vorherigen. Ein sozialer

Treffpunkt entsteht dabei eigentlich aus der Sache selbst heraus, da automatisch verschiedene Kulturen, Bildungsschichten usw. zusammentreffen. Trinkhallen sind ja räumlich recht begrenzt, so kommt man einfach ins Gespräch. Das liegt oftmals auch an den Betreiber:innen. Diese sind eigentlich immer sehr offen, kommunikativ und freundlich und beginnen häufig die Gespräche. Das bedeutet natürlich auch gleichzeitig Integration. Vor allem aber auch, weil viele der Inhaber:innen einen Migrationshintergrund haben. Mittlerweile sind es auch viele junge Menschen, die Trinkhallen betreiben. Da hilft dann auch die gesamte Familie mit. Die Motivationen zum Betrieb von Trinkhallen sind dabei sehr unterschiedlich. So zum Beispiel eine Bude in Herne. Hier hatte eine Bude geschlossen, die es über viele Jahre hinweg gab. Ein junger Mann hat sich dann gesagt, so geht das nicht, hier bin ich schon mein ganzes Leben lang hingegangen. Ich mache

das jetzt selber. Ein anderer Betreiber aus Bochum war gelernter Lehrer und wollte einfach sein eigener Herr sein. Das sind tolle Geschichten, die einen dann auch ein Stück weit berühren. Konflikte sind, zumindest im Rahmen der Veranstaltung, die absolute Ausnahme. Natürlich gibt es überall mal Leute, die über die Stränge schlagen. Das kam bislang aber auch nur einmal an einer Bude vor. Die Person wurde dann freundlich gebeten zu gehen. So was brauchen wir nicht. Dankenswerterweise haben dann doch eigentlich alle Beteiligten großes Vergnügen an der Veranstaltung.

Inwieweit werden Sie in Ihrer Arbeit von der Politik und Verwaltung unterstützt? Wo fehlt es an Unterstützung oder Förderung?

Wir sind als Ruhr Tourismus GmbH 100 %ige Tochter des Regionalverbands Ruhr. Verwaltung und Politik spielen also eine wesentliche Rolle. Der Tag der Trinkhallen wird finanziert durch die sog. Nachhaltigkeitsmittel. Das sind Gelder, die ihren Ursprung im Kulturhauptstadt-Jahr 2010 haben. Die damals erreichten Erfolge sollen langfristig fortgeführt und gesichert werden. Diese Mittel bekommen wir alle zwei Jahre und werden zur Hälfte vom Land

NRW sowie vom Regionalverband bereitgestellt. Im Jahr 2018 erhielten

wir zudem eine Förderung vom Kulturmünisterium des Landes. All das sichert das Bestehen der Veranstaltung und macht eine Umsetzung überhaupt möglich. Wir können uns an dieser Stelle daher nur herzlich für die Unterstützung bedanken.

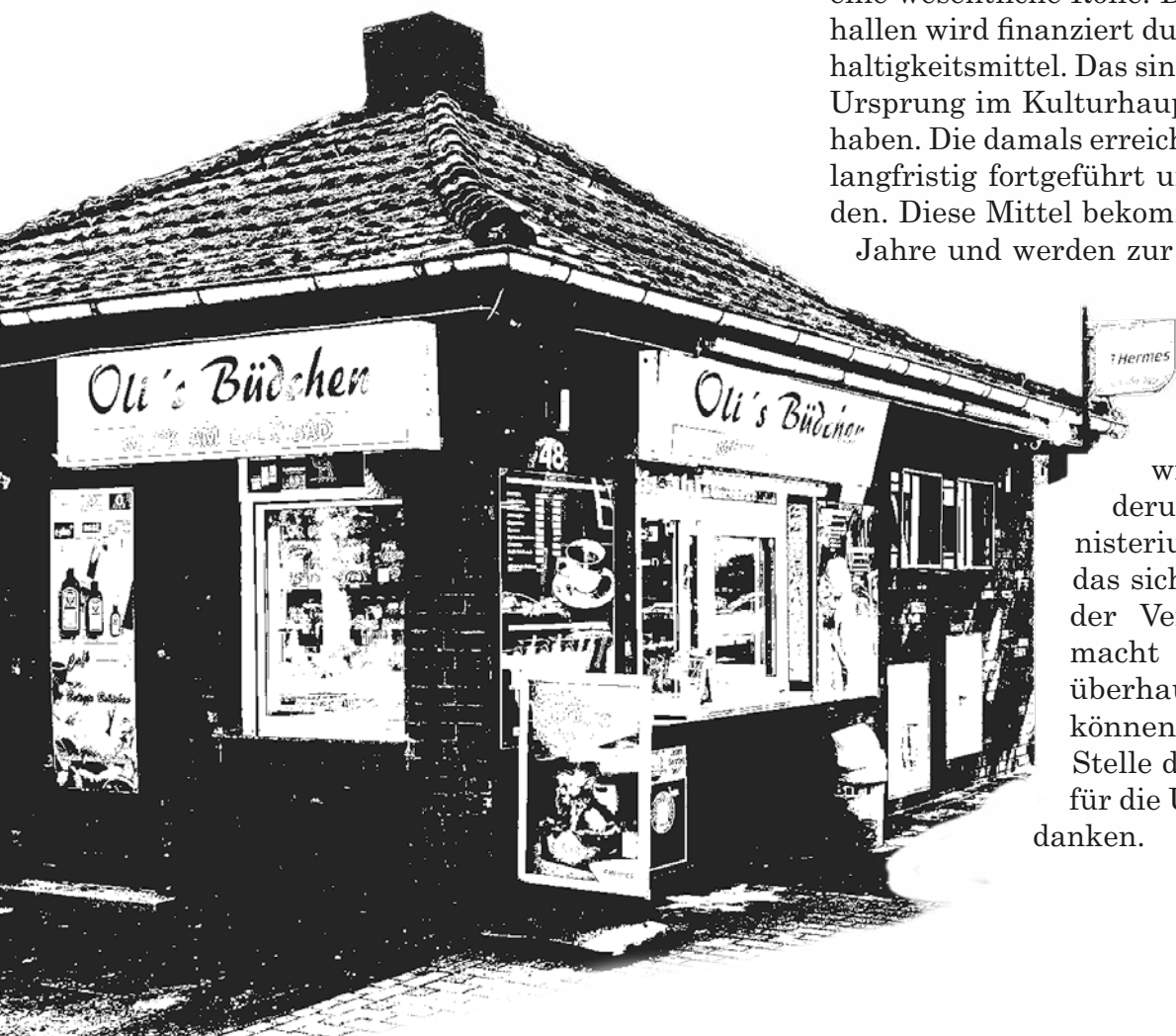




Foto: RTG/Marie Kliem

Zum Philosophen, Bochum



Foto: RTG/Dennis Stratmann

Hopp Hopp, Recklinghausen

Tag der Trinkhallen

Straßenfest für
Groß und Klein



Foto: RTG/Lünen Sejk

Leobude, Lünen



Foto: RTG/Henryk Brock

Foto: RTG/Marie Kliem

Einundachtzig, Bochum



Yilmaz Kiosk, Herne



Foto: RTG/Marie Kliem

Bredeney Treff, Essen

Veranstaltungsimpressionen

Im Laufe des ersten Projektjahres wurden neben zahlreichen Austauschgesprächen und Interviews auch unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt. Neben dem Austausch mit der interessierten Bevölkerung und den entsprechenden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ermöglichen die Veranstaltungen vor allem auch eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Institutionen und ihrer aktuellen Herausforderungen.

**„Die Politisch Vergessenen?
Demokratie zwischen Vertrauensverlust und Populismus“**
7. März 2022





„Zukunft der Sozialdemokratie“ 21. November 2022



Entfremdungstendenzen und Populismus

Häufig thematisiert wurden vor allem die zunehmenden Entfremdungstendenzen sowie das Erstarken des Populismus. Eines der grundsätzlichen Probleme hinter dem Aufstieg des Populismus ist laut Christiane Woopen, Direktorin des Center for Life Ethics, Heinrich-Hertz-Professur der Universität Bonn, ein fehlendes Grundverständnis für die Demokratie. Auch die politischen Kommunikationsprobleme spielen eine entscheidende Rolle: Oft benannte ‚Kommunikationsprobleme‘ zwischen Politik und Gesellschaft würden den Populisten in die Arme spielen, da sie die Dichotomie Politik gegen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen.

Als Lösungsansatz für die zunehmenden Spaltungs- und Entfremdungstendenzen wurden im Rahmen der Veranstaltungen wiederholt gemeinsame Lernräume genannt: Eine aktive Demokratie braucht Orte des Austauschs und des gemeinsamen Lernens, um sowohl Vertrauen als auch konkrete Lösungsansätze zu schaffen. Nur durch direkte Begegnung können Barrieren abgebaut und Pauschalisierungen hinterfragt werden. Je lokaler und niedrighschwelliger diese Orte sind, desto besser funktionieren sie, wie auch die Arbeit der Bildungsprojekte der BAPP bereits gezeigt hat.

**„Klima, Krisen und Konflikte –
Balanceakt zwischen Ideologie
und Realpolitik“**
24. August 2022



**„Das große
Experiment –
Wie Diversität
die Demokratie
bedroht und
bereichert“**
5. April 2022



Die Rolle der Medien und der digitale Diskurs

Die Medien sind ein entscheidender Faktor im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Rahmen einer Veranstaltung warnte Tom Buhrow, Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), davor, dass das „Geschäftsmodell Spaltung“ unter anderem durch neue Technologien und die sozialen Medien wachse, wodurch enormer Druck auf das „Geschäftsmodell Wahrheit“ entstehe. Der Journalismus dürfe sich nicht der Agitation der sozialen Medien anpassen, wenngleich sich Polarisierung und Spaltung längst als rentable

Geschäftsmodelle etabliert hätten. Umso wichtiger sei es, auch im digitalen Raum demokratische Werte zu unterstützen. Unabhängiger Qualitätsjournalismus ist in der heutigen Zeit so wichtig wie noch nie.

Hervorgehoben wurde in den Diskussionen zudem die Bedeutung des Lokaljournalismus. Der Bedarf in der Gesellschaft, sich über lokale Themen zu informieren, sei weiterhin hoch und könne durch andere Medien im lokalen Bereich nicht ausreichend bedient werden.

„Medien und Wahrheit –
Wer vermittelt uns ein realistisches
Bild der Welt?“
17. März 2022



” Man muss generell bei der Akzeptanz von freiwilligem Engagement ansetzen, z. B. auch bei den Arbeitgebern. Ein Engagement muss besser in den Alltag integrierbar sein.

Franziska Müller-Rech, MdL, Vorsitzende der Freien Demokraten Bonn

“



Ehrenamt und Freiwilligendienst als Stütze der Gesellschaft

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, braucht es eine Stärkung des Ehrenamts und des Freiwilligendienstes. Hier zeigten sich in den Diskussionen viele Verbesserungsmöglichkeiten: Neben ausreichend staatlichen Zuschüssen und einer Stärkung der Anerkennung und Akzeptanz sahen die Expertinnen und Experten vor allem eine Notwendigkeit darin, Möglichkeiten zu schaffen, eine ehrenamtliche Tätigkeit auch neben den alltäglichen Verpflichtungen ausführen zu können.

„Ein sozialer Pflichtdienst für Alle –
Im Sinne der Gesellschaft?“
5. Oktober 2022



Internationale Perspektiven

Internationale Perspektiven bereichern die Projektarbeit in besonderem Maße. Vor dem Hintergrund, dass das Vertrauen in etablierte Institutionen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit zu schwinden scheint, ist der internationale Umgang mit dieser Herausforderung von großem Interesse. Hier zeigt vor allem ein Blick in die USA, dass die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts immer schwieriger wird, je ausgeprägter die ideologischen Gräben und Konfliktlinien sind.

Auch auf europäischer Ebene sind der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Verteidigung der eigenen Werte entscheidender denn je. Die Europäische Union hat auf internationalem Parkett an Einfluss verloren; umso wichtiger ist es daher, sich als gemeinsamer und geeinter Akteur nach innen und außen zu positionieren.



**„Geliebt, geschmäht, vergessen?
Zur Zukunft der Europäischen Union“**
16. März 2023





**„Gesplante Staaten von Amerika:
Konservative Frauen als Machtfaktor“**
16. Januar 2023



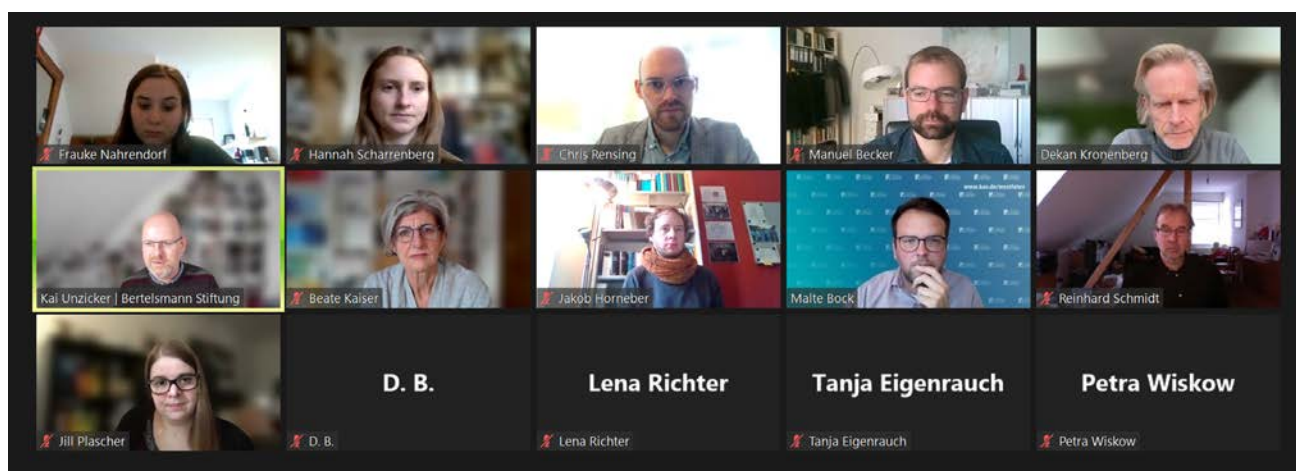
„ Ich habe viel Vertrauen in die jungen Menschen – wir sind keine Großmacht, aber die Europäer sollten als eine Stimme sprechen.

Jean Asselborn, Minister für auswärtige und europäische
Angelegenheiten des Großherzogtums Luxemburg

“



**Workshop
„Politik, Wirtschaft
und Vertrauen“**
20. September 2022



**Lokalforum Ruhrgebiet
„Zur Bedeutung von Institutionen und deren
Herausforderungen in der heutigen Zeit“**
18. November 2022

Workshops und Foren

Die im Rahmen des Projekts durchgeführten Workshops und Austauschforen setzen einen stärkeren Fokus auf den direkten Austausch mit den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort sowie zwischen Theorie und Praxis. In den Gesprächen mit den Praktikerrinnen und Praktikern bestätigte sich, dass niedrigschwellige Dialog- und Begegnungsräume für die Schaffung von

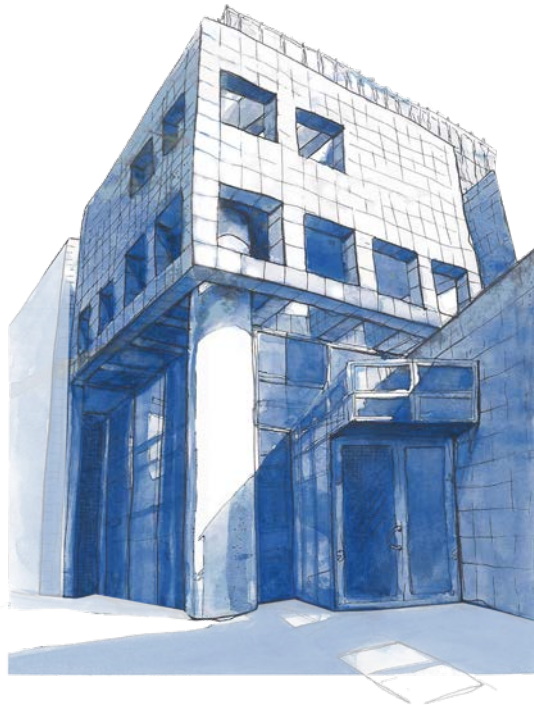
Vertrauen und Zusammenhalt besonders entscheidend sind. Zusammenhalt erfordert aktive Gestaltung: In der Praxis fehlt es jedoch sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik und Verwaltung oftmals noch an Verständnis, wie wichtig verschiedene Institutionen als Orte der Vertrauensbildung tatsächlich sind, und dadurch auch letztendlich an konkreter Unterstützung.



**„Zeitenwende?
Wo wir in fünf Jahren stehen“**
24. Oktober 2022



**„Die Grenzen der Expertise:
Wie politisch darf Wissenschaft sein?“**
30. März 2023



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihrer Präsidenten, Prof. Sigmar Gabriel und Armin Laschet MdB, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. Des Weiteren führen wir Forschungs- und Bildungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



https://www.instagram.com/bonner_akademie/



<https://www.linkedin.com/company/bappbonn/>



